

368. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 17. Oktober 2016, 19:30 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Vorsitz	Wälti Martin (SVP), Präsident
1. Vizepräsidentin	Zwahlen-Leibundgut Beatrix (EVP)
2. Vizepräsident	Hauser Adrian (BDP)
1. Stimmzähler	Christensen Sven (FDP)
2. Stimmzählerin	Büchel-Wampfler Sandra (SP)
Mitglieder	Walther-Steiner Erika (BDP)
	Cetin Christopher (EVP)
	Cetin Mayk (EVP)
	Moser-Utiger Silvia (EVP)
	Müller Bernhard (EVP)
	Stöckli Rolf (EVP)
	Utiger Heinz (EVP)
	Graf Roland (FDP)
	Kämpfer Erwin (FDP)
	Maccaferri-Iseli Barbara (FDP)
	Messerli Gregor (FDP)
	Schweizer Hans Peter (FDP)
	Suter Michael (FDP)
	Graf Stefan (GLP)
	Jorio Marco (GLP)
	Jorio Nicola (GLP)
	Jost-Pfister Catarina (GLP)
	Aebersold Daniel (SVP)
	Bernhard Niklaus (SVP)
	Fivian Bruno (SVP)
	Hirsbrunner Bruno (SVP)
	Stucki Simon (SVP)
	Zbinden Rudolf (SVP)
	Cavargna Tiziano (SP)
	Federer Guido (SP)
	Fröhlich Viktor (SP)
	Goetschi Thomas (SP)

Gränicher Marius (SP)
Kühn-Blank Christa (parteilos; Sitz SP)
Raymann-Ochsenbein Brigit (SP)

Abwesend Jörg Corinne (parteilos; Sitz FDP)
 Köhler Walter (BDP)
 Kohli Stephan (SVP)
 Läderach Christof (BDP)
 Nydegger Stefan (SP)

Gemeinderat Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident
 Hauser Ernst
 Kölliker Lenka
 Lädrach Markus
 Leiser Thomas
 Moser Christoph
 Wermuth Bruno

Abteilungsleitende Kolly Urs, Leiter der Sozialdienste
 Reusser Christian, Gemeindeschreiber
 Thöni Urs, Leiter der Bauabteilung
 Weil Jonas, Leiter der Finanzabteilung

Sekretär Wälti Thomas, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Protokollführerinnen Gfeller Monika, Sekretärin Präsidialabteilung
 Tarabey Melanie, Lernende Präsidialabteilung

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der Sitzung vom 12. September 2016: Genehmigung
3. Vorschau 2017: Kenntnisnahme
4. Finanzplanung 2017/21: Genehmigung
5. Budget 2017: Genehmigung
6. Beschäftigungsprogramm für ausgesteuerte Sozialhilfebezüger; Produktedefinition: Genehmigung
7. Parlamentarische Vorstösse:
 - 7.1 Motion der FDP-Fraktion betreffend SOKO – WIWO SOnderKOmission WIRtschaft – WOrb
 - 7.2 Interpellation der GLP-Fraktion betreffend Rüfenacht-Strategie des Gemeinderates
 - 7.3 Einfache Anfrage der SP-Fraktion betreffend Versand Broschüre Zukunft CH
 - 7.4 Neueingänge

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 368	17.10.2016	1	2013/17-295	143	12/0/0

Ratspräsident Wälti Martin:

- Alle Jahr wieder erhaltet ihr die Einladung zum Politforum in Thun. Dieses Forum dauert 1.5 Tage. Wer teilnehmen möchte, soll sich nach der Sitzung beim Ratssekretariat anmelden. Die Hälfte der Kosten übernimmt die Gemeinde.
- Die nächste Sitzung vom 14. November 2016 beginnt um 19.30 Uhr und findet ausnahmsweise im Kirchgemeindehaus in Rüfenacht statt, da der Bärensaal besetzt ist. Der Sitzungsort wird selbstverständlich auch nochmals auf der Einladung vermerkt sein.

Gemeinderat Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Ihr habt es gehört, die nächste Sitzung findet in Rüfenacht statt. Dies finde ich ganz toll. Es wurde schon oft darüber gesprochen und manchmal ist es gut, wenn man zum Glück gezwungen wird. Erlaubt mir, dass ich die Gelegenheit beim Schopf packe und euch vorgängig, nämlich um 18.00 Uhr, einlade. Und zwar um die neu umgebaute Schulanlage in Rüfenacht zu besichtigen. Die beiden Kindergärten sind bereits seit Schuljahresbeginn in Betrieb. Heute Morgen hat auch die neu eingebaute Tagesschule ihren Betrieb aufgenommen. Noch nicht ganz fehlerfrei, denn es gab noch einige Probleme mit dem Strom. Aber dies funktioniert hoffentlich bald einwandfrei. Wir würden uns also am 14. November 2016 um 18.00 Uhr bei der Schulanlage Rüfenacht treffen. Je nach Anmeldungen machen wir eine oder zwei Gruppen und besichtigen dann die umgebauten Räumlichkeiten. Im Anschluss findet ein kleiner Apéro statt, welcher von der Tagesschule organisiert wird. Da wir nachher Sitzung haben, wird der Apéro alkoholfrei sein, aber deswegen nicht weniger fein. Mit dem Versand der nächsten Sitzungsunterlagen werdet ihr eine Einladung zu diesem Anlass erhalten und wir bitten euch, mit dem Anmeldetalon anzumelden.

Utiger Heinz, EVP: Ich kann euch heute nicht ein Geschenk überreichen, wie ich dies bei der letzten Sitzung an Sven Christensen überreicht habe. Ich möchte euch dennoch etwas für die Zeit bis zum 27. November 2016 überreichen, bis dahin sind wir alle mehr oder weniger engagiert. Dazu möchte ich euch Folgendes mitteilen: „Ein Berner namens Stähli Fritz, empfand es irgendwie als Witz, dass unsere Gemeinderäte, von denen man doch glauben täte, dass sie regieren und verwalten, fast täglich eine Rede halten, und dies zuweilen in Vereinen, die uns nicht eben wichtig scheinen. Ei, sagt ein Gemeinderat, den Stähli Fritz um Auskunft bat. Wir tun es nicht etwa zum Vergnügen, wir müssen uns dem Volke fügen. Das als es weiland uns gewählt hat, auf unsere Mitarbeit gezählt

hat. So sind wir leider halt gezwungen an Feiern und Beerdigungen, an Vernissagen, Premieren, am Lottomarsch der Feuerwehren, am Jahrestag der SBB, quer durch Bern am Defilee, beim Trachtenchor, beim Heimatschutz, beim Milchverband und gopfriedstutz bei jedem Chüngelzuchtverein als Ehrengast dabei zu sein. Und zwar aus Furcht, hier nickte Stähli, das man uns ansonsten nicht mehr wähl i.“ Ich wünsche euch allen viel Glück bei den Wahlvorbereitungen.

Protokoll der Sitzung vom 12. September 2016: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 368	17.10.2016	2	2013/17-296	144	12/0/0

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Vorschau 2017: Kenntnisnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 368	17.10.2016	3	2013/17-297	560	12/10/6

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Maccaferri-Iseli Barbara, GPK: Ich werde mein Votum nur bei den allgemeinen Bemerkungen halten. Die zeitgleiche Behandlung der Vorschau 2017 mit dem Finanzplan 2017/21 und des Budgets 2017 wird begrüsst. Die Vorschau 2017 ist übersichtlich und gut strukturiert und gibt einen guten Überblick über die bestehenden Projekte und Schwerpunkte. Die vorgesehenen Massnahmen zu den einzelnen Projekten werden begründet und die zuständigen Stellen sind vermerkt. Die GPK beantragt im Grossen Gemeinderat die Vorschau 2017 zur Kenntnis zu nehmen.

Kämpfer Erwin, FDP: Welchen Wert, dass die Vorschauen haben, insbesondere die vorliegende Vorschau 2017 in einer auslaufenden Legislatur, wurde schon mehrere Male in diesem Rat angesprochen. Die mehrheitlich nicht konkret formulierten Ziele und kaum messbare Massnahmen und Vorkehrungen, haben wenig Aussagekraft. Unsere Anmerkungen im Allgemeinen sind deshalb ein Anliegen für die kommende Legislatur und an den neuen Gemeinderat gerichtet. Ich beginne beim Präsidialen. Die in Punkt 1.6 erwähnten Gemeindeentwicklungsziele 2017-21 sollten deshalb schon heute unter dem neuen Gemeinderat als strategische messbare Ziele erarbeitet werden, und zwar messbare. Die weiteren ausgeführten Punkte sind klare Anliegen die von der FDP im laufenden Jahr mit Motionen und Postulaten gefordert worden sind, namentlich geht es um die wirtschaftliche Entwicklung von Worb. Dann zu den Finanzen. Die neue Rechnungslegung HRM gibt eine neue Grundlage für die weiteren Jahre. Wir erwarten aber unter den generellen Massnahmen für Vorkehrungen, eine klare und transparente Aussage zur Entwicklung von der Verschuldungslage der Gemeinde in Anbetracht der vorgesehenen Investitionen. Vom Departement Bau zusammen mit dem

Departement Finanzen soll das Sparpotenzial beim strategischen Investitionsplan erfasst und aufgezeigt werden. Definierte Korrekturen und messbare Ziele sind bei der Standardanforderungen festzulegen. Die Departemente Umwelt und Finanzen sollen die Spezialfinanzierungsfonds überprüfen und entsprechende Optimierungen aufzeigen. Beim Departement Bildung sind die Auswirkungen für die Gemeinde von neuen Schulmodellen aufzuzeigen. Ebenfalls vermissen wir Zielsetzungen an einer weiterführenden jährlichen Qualitätsüberprüfung. Beim Departement Soziales unter Punkt 6.6 sind die wesentlichen Massnahmen aufgezeigt. Auch hier sind messbare Ziele erwünscht. Beim Departement Sicherheit finden wir wenige aussagekräftige Zielsetzungen. Deshalb ist das eine wie von der FDP aufgezeigten Neuorganisationen von den Departementen zu prüfen. Beim Departement Planung zusammen mit dem Punkt 1.3 Wirtschaft und Präsidialem ist die Entwicklung von Worb höchste Priorität einzuräumen und die Planung effektiv und mit dem Gewicht von einer Gemeindeautonomie zu fördern.

Departementsweise Beratung

Departement Präsidiales

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Ich möchte mich zuerst bei den Beteiligten herzlich bedanken für die Erarbeitung dieser Vorschau. Für ganz am Schluss weil ich sonst nicht weiss, wann ich es sagen kann, die SP-Fraktion nimmt die Vorschau 2017 zur Kenntnis. Jetzt komme ich zum Departement Präsidiales. Ich beziehe mich auf den Punkt 1.3 dort steht: „In Zusammenarbeit mit der Grundeigentümerschaft wird die Ansiedlung neuer Firmen im ESP Worboden begleitet.“ Die SP-Fraktion möchte gerne wissen, was für aktive Massnahmen die Begleitung beinhaltet? Ob das schon definiert ist oder dass man schon genauere Vorstellungen davon hat, wie man das machen will.

Stöckli Rolf, EVP: Ich will mich zuerst entschuldigen. Ich wollte eigentlich die Aussagen der EVP-Fraktion bei den allgemeinen Bemerkungen mitteilen. Beim Departement Präsidiales zu Punkt 1.4. Angesichts des drohenden Hausarztmangels begrüssen wir, dass der Gemeinderat ein Ärztezentrum in Worb ausarbeiten möchte und sich für dieses einsetzen würde. Beim Departement Finanzen unter Punkt 2.1. Detailergänzungen mit Massnahmenanträge über CHF 100'000.- müssen explizit Mehr- und Minderkosten zum Vorjahr ausweisen. Mehrkosten sind zu begründen. Bei Geschäftsvorlagen über CHF 100'000.- würden wir begrüssen, dass die Prüfung alternativ und Begründungen bei nicht Berücksichtigung einfließen. Beim Departement Bau unter Punkt 3.1. Zum Neubau von Hänsel und Gretel. In der Vorschau 2016 ist die Planung vom Neubau von Hänsel und Gretel für das Jahr 2017 vorgesehen. Nun in der Vorschau 2017 ist die Planung erst im Jahr 2018 vorgesehen. Wir nehmen an, dass es sich um einen Schreibfehler handelt. Gemäss Finanzplanung auf der Seite 29, 372.02 ist der Container nur bis am 31.12.2017 bewilligt. Was wird dann in der Zwischenzeit gemacht? Weil es heisst, dass der Neubau erst im Frühling 2018 gestartet werden soll. Beim Departement Umwelt Punkt 4.1 betreffend Massnahmen für Energiestadtlabel. Wir finden, dass der Hinweis, dass alternative Mobilitätseinsätze im dünn besiedeltem Gebiet geprüft werden sollte. In Klammern steht Taxito und wir möchten gerne noch wissen, was sich unter dem Begriff versteckt. Wir haben den Begriff gegoogelt und wissen ungefähr wie es funktioniert. Wir möchten aber auch wissen wo das eingesetzt wird, in welcher Gemeinde ein solches System besteht und ob es sich bewährt hat. Wir möchten auch wissen, ob es für Worb akzeptabel wäre. Zum Departement Bildung Punkt 5.3. Die Verschiebung der Bibliothek in den Dorfkern finden wir sinnvoll. Wir würden aber noch die Ludothek integrieren und diese im gleichen Gebäude einfügen. Beides sollte rollstuhlgängig sein. Ich möchte das vorweg nehmen und auch wir von der EVP akzeptieren die Vorschau.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Das ist kein Schlusswort, sondern ich gehe auf die Frage der SP-Vertreterin Sandra Büchel ein, betreffend Begleitung bei der Ansiedlung der neuen Firmen im ESP Worboden. Da sind vier Dinge, die dazu zu sagen sind. Erstens existiert eine Controllinggruppe, die sich regelmässig trifft und prüft, wie die Entwicklung dieser Fläche zusammen gestaltet werden kann. In dieser Controllinggruppe sind neben Kanton, Gemeinde und RBS auch sämtliche Grundeigentümer. Neben der Controllinggruppe pflegen wir einen engen Kontakt mit den Grundeigentümern oder mit den Vertretern, die sich in der Vermarktung der Flächen beschäftigen. Wenn Anfragen bei uns eintreffen von Flächen und gesuchte Flächen für einen neuen Firmenstandort, werden wir das auch entsprechend an jene weiterleiten, die sich mit der Vermarktung der Flächen befassen. Wir nehmen Anliegen der Grundeigentümerschaft auf. Ich erinnere beispielsweise daran, dass die Grundeigentümer der ESP Worboden Nord eine Mischnutzung wollten. Im Erdgeschoss Gewerbenutzung und im oberen Stock Wohnnutzung. Man hat das entsprechend aufgearbeitet und hat das auch dem Kanton vorgestellt. Leider hat dies der Kanton abgelehnt. Das ist die Art und Weise wie wir hier zusammen unterwegs sind.

Departement Finanzen

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Die SP begrüsst das Kostencontrolling, welches unter Punkt 2.4 erwähnt wird und unter Punkt 2.5 muss bei der Ausgangslage Begründung die Zeitform angepasst werden, denn es ist ja schon passiert ist. Es müsste heissen „HRM 2 wurde auf den 1. Januar angepasst“. Es steht „wird angepasst“, aber das ist bereits geschehen. Beim gleichen Punkt ist die SP-Fraktion der Meinung, dass man die Geschäfte immer gleich und nicht fallweise behandeln und die Päckchen entfernen sollte.

Bernhard Niklaus, SVP: Die Vorschau kommt mir wie ein Richtplan vor, der beispielsweise in der Planungskommission behandelt wird. Ich habe mir bei vielen Stellen Fragezeichen gemacht, aber wir können heute Abend nicht alles hinterfragen. Zuerst vielen Dank an die Beteiligten, die das Papier ausgearbeitet haben. Jetzt bei den Finanzen sieht man, dass die Gemeinde sparen möchte und ich danke der Abteilung, die sich so bemüht. Wir sind auch ein wenig Schuld an dem, wir haben hier auch nur der halbe Lohn. Wenn wir in Wattenwil diesen Gemeinschaftsraum erstellen möchten, dann soll zuerst das Schulhaus verkauft werden. Sonst stimmt das Geld nicht. Die aktive Bodenpolitik müsste vertieft geprüft werden, irgendwie scheint es nicht sicher, was hier gemacht werden soll. Firmen sollten hier bleiben, das wäre der Beginn, bevor neue angesiedelt werden. Danke und die SVP nimmt die Vorschau zur Kenntnis.

Departement Bau

Gemeinderat Hauser Ernst, Departementsvorsteher Bau: Die EVP hat zwei Fragen gestellt. Rolf, es ist kein Schreibfehler, das ist so. Die Planung ist erst im Jahr 2018, weil wir mehr Zeit brauchen, für den Wettbewerb, den wir durchführen. Die Bewilligung für den Container wird verlängert. Hier hat der Regierungsstatthalter bereits signalisiert, dass das kein Problem ist.

Departement Umwelt

Gemeinderat Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Umwelt: Danke Rolf für die Frage im Zusammenhang mit dem öffentlichen Verkehr. Ihr habt bestimmt mitbekommen, dass man den öffentlichen Verkehr in Worb untersucht hat und prüfte welches Angebot besteht und wie viel dies kostet. Welche Kosten entstehen für Worb und welche für den Kanton? In diesem Zusammenhang habt ihr

bestimmt auch vernommen, dass man die Linie Vielbringen – Rufenacht vom Angebot her streichen wollte. Aus diesem Grund hat das Departement Umwelt geprüft, welche Möglichkeiten und Alternativen es gibt. Seiten des Gemeinderates ist ganz klar, dass wir uns für diese Linie einsetzen werden und das auch klar kommuniziert wird. Gleichwohl haben wir uns im Departement Umwelt überlegt, was es für Alternativen auf dem Markt gibt. Eine dieser Alternativen neben dem Rufbus-system ist zum Beispiel ein Taxito. Ein Taxito funktioniert so, dass wenn jemand bei den bereits bestehenden Haltestellen ist, von dort aus Nachrichten verschicken kann. Das ist ein sehr individuelles System, das man hat und womit man sich fortbewegen könnte. Dies ist eines der möglichen Szenarien, die wir uns überlegt haben und die werden dies für Worb prüfen. Wäre das überhaupt auch ein möglicher Weg in der Gemeinde Worb sowie in den Aussenorte der Gemeinde, die ÖV und Mobilität sicher zu stellen.

Departement Bildung

Gemeinderat Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Ich gehe gerne auf die Fragen der FDP ein. Das eine, wegen dem SQM (Schulqualitätsmanagementsystem), da kann ich beruhigen, das ist bereits seit diesem Sommer eingeführt. Der zweite Teil von ihrem Vorstoss, der eine Art Reporting oder einen Jahresbericht fordert, werden wir nächstes Jahr umsetzen. Wir machen es genau gleich wie die Musikschule. Wir werden eine Art Jahresbericht über die Worber Schulen im Verwaltungsbericht einfügen. Somit haben wir das Gefühl, dass wir dem Vorstoss so gerecht werden. Zu den neuen Schulmodellen bin ich mir nicht sicher was du Erwin gemeint hast. Der Lehrplan 21 ist nicht ein neues Schulmodell, es ist ein neuer Lehrplan. Wir haben jetzt die neue Bildungsstrategie für das Jahr 2017/20 in der Bildungskommission verabschiedet. Nächsten Montag wird sie im Gemeinderat behandelt und in der Strategie wird die Umsetzung und Einführung vom Lehrplan 21 das Hauptthema sein. Das läuft gut und Worb ist eine der Schulgemeinden, die extrem weit ist bei der Vorbereitung des Lehrplanes 21. Die Lehrpersonen sind auch schon in Weiterbildungen. Wir sind viel weiter als beispielsweise im Kanton Solothurn. In Olten ist dies beispielsweise noch gar kein Thema. Wir sind bereit. Betreffend zum Votum der EVP. Bei der Bibliothek und der Ludothek sind wir daran den Standort zu verbessern. Es ist kein zentraler Standort und der Raum viel zu klein. Wir sind dran neue Standorte zu prüfen. Am besten wäre es die Ludothek am neuen Standort der Bibliothek zu integrieren. Es ist eine Frage der Grösse des Raumes. Gibt es einen genug grossen Raum im Zentrum? Mit der Bibliothek habe ich das abgeklärt. Die Bibliothek wünscht sich einen Raum mit 300m² oder mehr. Momentan haben sie 150m² und ich habe mir die Bibliothek auch angeschaut. Es ist tatsächlich sehr eng und das Departement Bildung trifft nun Abklärungen. Wir werden hoffentlich nächstes Jahr zu einem guten Resultat kommen.

Departement Soziales

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Unter Punkt 6.6 ist zu lesen, Umbauorganisation vom polyvalenten Sozialdienst zur Spezialisierung. Was bedeutet das?

Gemeinderätin Kölliker Lenka, Departementsvorsteherin Soziales: Ich nutze die Gelegenheit und möchte ein neues Gesicht vorstellen. Das ist Urs Kolly, der neue Leiter der Sozialdienste. Mit ihm wurde der Punkt erarbeitet. Bis jetzt war es so, dass der Sozialdienst bis heute die Sozialberatung, den Kinderbetreuungsfragen etc. angeboten hat. Das ganze Team hat sich mit diesen Fragen auseinandergesetzt. Das Anliegen von Urs ist, und ich stehe voll dahinter, dass wir das Team spezialisieren. Die Arbeiten werden in verschiedene Bereiche aufgeteilt. Einer für die Sozialhilfeberatung, jemand macht die Unterstützungen, eine andere Person ist zuständig für den Kindes-, Erwachsenen-

schutz und dann noch die Administration. Also vom polyvalenten zum spezialisierten Sozialdienst. Dies sollte Effizienz bringen.

Departement Sicherheit

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Zum Punkt 7.1 Jahresschwerpunkt Jugendschutz. Was konkret beinhaltet das? Sind Aktionen oder Projekte geplant? Und die SP-Fraktion vermisst bei der Vorschau vom Departement Sicherheit das Thema der aktiven Überprüfung von allen Schulwegen. Ich weiss, wir kommen immer mit demselben Thema, aber es ist uns extrem wichtig. Bereits in mehreren Postulaten wurde das gefordert und wir würden gerne wissen, wann der Gemeinderat gedenkt sich dem brisanten Thema zu stellen.

Gemeinderat Leiser Thomas, Departementsvorsteher Sicherheit: Betreffend Jugendschutz, Punkt 7.1, wollen wir die Durchführung von Alkoholkäufe beibehalten, so lange es stets Betriebe gibt, die sich nicht daran halten. Wir werden das bestimmt noch weiter prüfen. Der Jugendschutz will dies dann später mit der offenen Kinder- und Jugendarbeit bearbeiten. Die Schulwege sind bestimmt in Planung. Unter anderem die Boll/Enggsteinstrasse, dass die Strasse in diesem Teil sicherer wird.

Departement Planung

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Jetzt sage ich noch etwas Positives. Die SP würde es begrüßen, wenn die Gemeinde Worb aktive Bodenpolitik betreiben würde.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates bleibt unbestritten. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 2 Bst. b der Gemeindeverfassung vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Der Grosse Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Vorschau 2017.

Finanzplanung 2017/21: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 368	17.10.2016	4	2013/17-298	1341	21/0

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Raymann-Ochsenbein Brigit, GPK: Ich werde mein Votum bei den allgemeinen Bemerkung halten und bei der Detailberatung gibt es keine Notwendigkeit mehr. Markus Lädach und Jonas Weil haben uns an der GPK-Sitzung die Finanzplanung 2017/21 und das Budget 2017 sehr kompetent erläutert und die Fragen der GPK zufriedenstellend beantwortet. Vielen Dank dafür. Ein Dankeschön geht auch an alle Personen, welche die Finanzplanung sowie das Budget erstellt haben. Im Finanzplan gibt es kaum Abweichungen zu den Vorjahren. Die Finanzsituation in Worb hat sich grundsätzlich stabilisiert. Nach wie vor stehen hohe Investitionen an und bieten somit noch keinen Handlungsspielraum für Steuersenkungen. Aufgrund der neuen Rechnungslegung gibt es eine Verschiebung von Investitionen von der Investitionsrechnung in die Erfolgsrechnung. Der Wislepark ist mit einem Gemeindebeitrag von CHF 700'000.- geplant. Dieses Geschäft wird voraussichtlich im Dezember 2016 im Grossen Gemeinderat behandelt werden. Der öffentliche Verkehr und die Sozialhilfeausgaben werden in den nächsten Jahren zunehmen. Die Sanierungen bzw. der Unterhalt der Schulanlagen wird in den nächsten Jahren unumgänglich sein und sicherlich noch einige politische Diskussionen auslösen. Der Steuerertrag sollte in den nächsten Jahren moderat zunehmen. Hier berücksichtigt sind die Projekte Sunnebode, Sterneplatz, Sonne Rüfenacht und Dreiklang. Bei den Spezialfinanzierungen kann eine gute Prognose gemacht werden. Eventuell ist es möglich, dass beim Wasser und Abwasser in den nächsten Jahren eine Reduktion gewährt werden kann. Hingegen beim Abfall muss wahrscheinlich in nächster Zeit eine Aufhebung des gewährten Rabatts in Betracht gezogen werden. Die GPK begrüsst, dass die Erhöhung des Gemeindebeitrags von CHF 300'000.- an den Wislepark berücksichtigt wurde. Die Kurzkommentare zu den Projekten bieten wie immer eine hilfreiche Unterstützung beim Lesen der Investitionsplanung. Die umfangreiche Botschaft informiert gut und ausführlich. Die GPK beantragt dem Grossen Gemeinderat die Finanzplanung 2017/21 basierend auf einer Steueranlage von 1,70 Einheiten auf Einkommen und Vermögen und den ihnen gleichgestellten Steuerobjekten sowie einer Liegenschaftssteuer von 1,3 Promille der amtlichen Werte der Liegenschaften zu genehmigen.

Gemeinderat Lädach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Ein grosser Anteil der hier anwesenden Personen durfte meine Aussagen bereits einmal hören. Deshalb besteht die Gefahr, dass ich mich wiederhole und Brigit hat ebenfalls bereits viel gesagt. Dennoch gehe ich nach meiner vorbereiteten Rede vor. Der Finanzplan 2017/21 weist leicht bessere Ergebnisse auf als der letztjährige Finanzplan. Es resultieren leichte Überschüsse in der Höhe von zu Beginn CHF 300'000.- bis am Ende zu CHF 70'000.-. Auch wenn diese Zahlen leicht im Plus sind, sind sie im Rahmen der Planungsgenauigkeit, wenn wir uns an die Differenzen bei der Abrechnungen der Steuereinnahmen erinnern. Wir sprechen von einer schwarzen Null. Die Planung zeigt auf, dass sich die Finanzen von Worb mit der Steuererhöhung stabilisiert haben. Der Prozess der Erarbeitung dieser Planung erfolgte wie in den Vorjahren. Die Abteilungen haben ihre Eingaben gemacht. Es erfolgten Besprechungen des Budgets und der Investitionsplanung durch die Finanzkommission mit den einzelnen Abteilungen, welche noch zu einzelnen Korrekturen führten. Nicht erstaunlich ist, dass der Handlungsspielraum bei den beeinflussbaren Kosten gering bleibt. Bei den beeinflussbaren Kosten wurden mehrheitlich die Zahlen der Vorjahre übernommen. Es sind unverändert hohe Ausgaben für Unterhalt und Ersatzinvestitionen der Infrastruktur eingestellt. Obwohl einige Investitionsprojekte wie schon in den Vorjahren nach hinten verschoben wurden, bleiben die Investitionen des Steuerhaushaltes höher als der geplante Cashflow. Aus diesen Gründen sehen wir kurzfristig wenig Entlastung. Die ganze Planung basiert daher auf einer unveränderten Steuerveranlagung von 1,70. Für die Planperiode 2017 bis 2021 sind die Zahlen für die aktuelle Planung vertretbar. Das Hinausschieben der Investitionen vergrössert aber die Investitionsbugwelle, die wir vor uns herschieben. Dies ist ein steigendes Risiko und könnte plötzlich zu Sofortmassnahmen führen, welche nicht geplant waren. Andererseits haben wir nach einer gewissen Phase der Entlastung nach 2017/18 eine

erneute Zunahme der Fremdverschuldung, weil die Investitionen so hoch sind. Der Steuerertrag wurde gemäss den Vorgaben des Kantons ins Berechnungstool eingefüllt. Das Berechnungstool wurde erstmals seit der Einführung des Rechnungslegungsmodell HRM2 verwendet. Dieses hatten wir vor einem Jahr noch nicht. Der Kanton geht von einem Wachstum von gesamt 1.5 – 2 % aus. Wir beurteilen diese Einschätzung als eher optimistisch, dies ist aber nur eine Annahme. Wir wurden in den letzten Jahren auch eher positiv überrascht, besonders, dass die Steuereinnahmen der neutralen Personen über dem Budget waren. Zudem wirken einige durch den Kanton beschlossenen Massnahmen erst jetzt. Zum Beispiel der Pendlerabzug oder der Eigenmietwert, welcher ab diesem Jahr höher ist. Dies ist ein Indiz, dass die Kosten bei den einzelnen Bürger für die Steuern sich erhöhen werden. Was die Entwicklung von Worb betrifft, haben wir die heute bekannten entwicklungsrelevanten Projekte wie K6, Sunnebode, 3-Klang, Sonne Rüfenacht im Steuerertrag zusätzlich zum Kanton berücksichtigt, indem wir das Wachstum der Steuerpflichtigen ab Jahr 2019 im Berechnungstool stärker erhöhen. Das zeigt aber erst Wirkung gegen Ende der Planperiode. Dies zeigt sich im jetzigen Finanzplan noch nicht konkret. Auch bei den Zahlen, welche lastenausgleichsbe-rechtigt sind, wurden die Planzahlen des Kantons übernommen. Die Umstellung von HRM2 führt wegen der Aktivierungsgrenze von CHF 100'000.- zu deutlich höheren laufenden Kosten. Es sind mehr als CHF 800'000.- pro Jahr für den Unterhalt, entlastet aber auf der anderen Seite die Abschreibungen. Es verbleiben nach wie vor Unsicherheiten, wie sich die Umstellung des Rechnungslegungsmodells auf die Qualität der Budgetzahlen auswirkt. Erst mit der Rechnung 2016 und somit mit der nächsten Planperiode können wir zuverlässigere Aussagen machen. Noch ein Wort zum Wislepark. Die Situation ist bekannt. Wir haben bereits vor der Sitzung etwas zu diesem Thema gehört. Es wurde klar aufgezeigt, dass die heute gewährten CHF 400'000.- nicht genügen. Die Termine für den Entscheidungsprozess im Parlament und allenfalls für eine Volksabstimmung im Frühling 2017 sind bekannt. Der Gemeinderat hat in der Finanzplanung seine Absicht abgebildet, den Wislepark in der aktuellen Form zu betreiben und aufrecht zu erhalten und dies braucht mehr Geld. Daher ist in der Finanzplanung eine Erhöhung des Beitrags abgebildet. Wir haben bewusst das mit dem letztjährigen Finanzplan 2016/20 bewilligte Modell mit einer Erhöhung um CHF 300'000.- auf total CHF 700'000.- ab dem Jahr 2017 unverändert übernommen und in die Zahlen eingerechnet. Wir sind uns bewusst und formulieren das auch im Antrag, dass die politische Debatte im Dezember 2016 und eine Volksabstimmung im Mai 2017 das Resultat verändern kann. Ich möchte daher in dem Geschäft heute keine Wislepark-Diskussion und möchte auch nicht auf Fragen zum Wislepark eingehen. Ich gehe im Folgenden mit einigen Folien auf einzelne Zahlen ein. Zum Teil habt ihr diese Folien bereits in den Handouts gesehen. Auf der ersten Folie sind die Basisdaten ersichtlich. Diese fügen wir in das Berechnungstool ein. Weiter ersichtlich sind die unveränderte Steueranlage und die Bevölkerungsentwicklung. Das ist die Entwicklung, welcher der Kanton vor-gibt. Dann seht ihr ab dem Jahr 2020/21 gibt es eine verstärkte Zunahme. Das ist aufgrund der ent-wicklungsrelevanten Projekte. Aus diesen Zahlen kann man aus den Prozentzahlen die Steuerpflich-tigen berechnen und somit den Steuerertrag der natürlichen Personen. Ersichtlich sind auch die Informationen zur allgemeinen Teuerung und die Verzinsungen. Beim Steuerertrag ist der Gesamt-steuerertrag ersichtlich. Seit dem Jahr 2015 mit einer Steueranlage von 1,70. Konkret ist dies in der Graphik mit der blauen Linie ersichtlich. Die rote Linie in der Graphik zeigt den Steuerertrag der natürlichen Personen. Es ist ganz deutlich zu sehen, dass Worb vor allem von den Einnahmen der natürlichen Personen lebt. Dies ist aber keine neue Erkenntnis. Das Delta beträgt immer rund 3.5 Mio. Franken. Wenn wir die Einnahmen der natürlichen Personen kennen, dann kennen wir auch ungefähr der Steuerertrag von Worb. Ich hoffe in einigen Jahren wird dies anders sein, wenn sich ganz viele neue Firmen im Worbboden ansiedeln werden. Was wir bei der Finanzplanung nicht berücksichtigt haben, ist die Unternehmenssteuerreform 3. Und zwar aus dem Grund, weil wir sehr geringe Steuereinnahmen von Firmen. Was auch immer an der Urne entschieden wird, dies wird für

die Steuereinnahmen von Worb nur einen sehr marginalen Einfluss haben. Deshalb wurde dies nicht berücksichtigt. Nun ein Wort zur Planungshilfe des Kantons. Die Kosten, welche lastenausgleichsberechtigt sind. Die roten Pfeile zeigen ungefähr den Trend. Der Lastenausgleich bei den Lehrergehältern bleibt ungefähr gleich. In den ersten Jahren basiert dies auf den Schülerzahlen und dann sind es jeweils die Hochrechnungen. Wir haben auch hier die Veränderungen mit dem Lehrplan 21 nicht berücksichtigt. Wir wissen noch nicht genau, welche Folgen dies konkret für uns haben wird. Dies könnte allenfalls noch zu Veränderungen führen, aber dies ist erst im neuen Jahr ersichtlich. Der Lastenausgleich ÖV zeigt leider höhere Prognosen an. Dies sind rund CHF 300'000.- in den nächsten fünf Jahren. Wir verfügen über das gleiche Angebot im ÖV. Aber weil im Moment sehr hohe Investitionen im öffentlichen Verkehr in der Region notwendig sind, Stichwort Ausbau Bahnhof Bern, wird der Topf grösser, welcher auf die Gemeinden verteilt wird. Deshalb betrifft es jede Gemeinde. Beim Lastenausgleich Sozialhilfe/Ergänzungsleistung geht es leider bergauf, und zwar ungebremst. Dies ist sicher eines der grössten Gesellschaftsprobleme in der Schweiz. Dies können wir aber nicht alleine in Worb lösen. Bei der neuen Aufgabenverteilung verlaufen die Kosten weiter horizontal. Die einzige Zahl, welche sinkt und dies ist positiv und negativ, ist unser Ertrag des Finanzausgleichs. Wir erhalten weniger Geld als früher. Aber wir erhalten weniger, weil wir besser dastehen. Der Lastenausgleich funktioniert so, dass die Gemeinden, denen es schlechter geht, einen Solidaritätsbonus erhalten. Wenn wir einen Wert von 100 hätten, wären wir im Durchschnitt des Kantons. Wir nähern uns dem Durchschnitt und dies hat zur Folge, dass wir weniger vom Kanton erhalten. Also eigentlich positiv. Nun komme ich zu den Investitionen. Die Finanzkommission hat auch hier aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre eine Kürzung von 10 % auf die nächsten Jahre vorgenommen. Dies weil wir in der Regel wissen, dass zu viele Projekte eingestellt sind und die Prozesse bis zur Realisierung immer mehr Zeit und auch personelle Kapazitäten brauchen als geplant. Es sind auch die grösseren Investitionsprojekte ersichtlich. In der ersten Spalte ist der Gesamtkredit von dem Konto. Diese Spalte enthält alle Kosten, nicht nur diese der Planperiode. Und ganz rechts im blauen Bereich ist die Summe der Projekte über diese Planperiode von fünf Jahren aufgeführt. Da sind wie immer die Kosten des Hochwasserschutzes und des Gewässerunterhalts ein grosser Teil davon. Dies geht aber nun bald einmal zurück. Die Ortsplanung ist praktisch abgeschlossen, nachher erfolgt die Zentrumsgestaltung Rüfenacht. Grosse Kosten generiert der Strassenbau, natürlich auch im Zusammenhang mit der Zentrumsumgestaltung. Bei den Kommunalfahrzeugen handelt es sich um zwei Einzelanschaffungen. Nun kommt der grosse Hammer, dies sind die Sanierungen der Schulanlagen. Diese generieren Kosten von rund 13.7 Mio. Franken in den nächsten fünf Jahren, verteilt, aber vor allem ab dem Jahr 2018 mit hohen Beträgen. Das ist dieser Teil aus dem Steuerhaushalt, das sind rund 17.8 Mio. Franken oder 3.5 Mio. pro Jahr, welche in der Finanzplanung berücksichtigt wurden. Bei den Spezialfinanzierungen wie Wasser und Abwasser sind ebenfalls hohe Beiträge. Auch dies hängt mit der Gesamtinfrastruktur und den zum Teil vorgezogenen Projekten zusammen. Die Umgestaltung des Zentrums führt dazu, dass einige Projekte früher realisiert werden. Vielleicht müssten Leitungen aufgrund der Lebensdauer nicht ersetzt werden, aber wenn die Strasse schon einmal offen ist, muss die Gelegenheit auch genutzt werden. Ansonsten werden einige Jahre später doppelte Kosten generiert. Noch eine Information. Wenn ihr die Seite 15 des Finanzplans anschaut, dann ist ersichtlich, wie viele Investitionen nach dem Jahr 2021 noch vorgesehen sind. Diese Investitionen kosten 10.7 Mio. Franken. Im letztjährigen Finanzplan waren dies 6.5 Mio. Franken. Wir haben diese Bugwelle an geplanten Investitionen um rund 4 Mio. Franken vergrössert. Dies müssen wir im Auge behalten, aber natürlich mit dem Bewusstsein, dass nicht alles so realisiert wird, wie es in der groben Planung heute vorgesehen ist. Ich komme nun zum Ergebnis. Auf der roten Linie ist das Ergebnis ersichtlich, die knapp CHF 300'000.- im ersten Jahr und dann leicht rückläufig zu CHF 70'000.- bis CHF 80'000.-. Das sind also knapp positive Ergebnisse. Die grüne Linie zeigt den Cashflow, der sich irgendwo bei 1.5 Mio. Franken einpendelt. Die-

ser kann nicht mit den letztjährigen Zahlen verglichen werden, da die Abschreibungspraxis komplett geändert hat. Zudem stand uns das Berechnungstool vor einem Jahr noch nicht zur Verfügung. Der Cashflow in den letzten Jahren war tendenziell zu hoch, da er sich auf grobe Einschätzungen stützte. Der Bilanzüberschuss ist ebenfalls ersichtlich, früher wurde dies Eigenkapital genannt. Dieser Wert sollte sich bei 7 Mio. Franken stabilisieren. Die Finanzkommission hat sich auch da vom Eigenkapitalwert festgelegt, und zwar auf 3 bis 3.5 Steuerzehntel, das heisst 4 bis 5 Mio. Franken. Es besteht also ein gewisser Puffer beim Eigenkapital. Bei der nächsten Folie geht es um die Entwicklung der Fremdmittel. Hier bitte ich um Entschuldigung, denn diese Graphik fehlt leider im Finanzplan. Ich schlage vor, dass wir diese mit dem Protokoll noch zukommen lassen. Die Finanzplanung ist in den ersten zwei Jahren noch relativ genau und nachher ist sehr vieles vage. Je länger, desto ungenauer. Wir wissen ja nicht, welche Projekte wirklich realisiert werden. Es heisst aber auch nicht, dass wir immer mehr Fremdmittel benötigen, auch wenn die Ausgaben teurer als die Einnahmen sind. Wir verfügen ja noch über das Geld der Selbstfinanzierungen. Das bewirtschaften wir zwar selber, aber können es auch investieren. Es muss also nicht jeder Franken als Fremdmittel aufgenommen werden. Die theoretische Rechnung würde heissen, dass wir irgendwo auf einem Niveau von 33 bis 34 Mio. Franken Fremdverschuldung haben, bis Ende der Planperiode sind es dann ungefähr 40 Mio. Franken. Das ist ganz klar eine Erhöhung. Wenn wir aber die Kennwerte von den Gemeinden vergleichen, dann ist alles zwischen 50 % - 100 % der Gesamteinnahmen gemäss den Kennzahlen des Kantons noch in einem guten Bereich. Das sind ungefähr 50 bis 100 Mio. Franken. Es ist in dieser Planperiode nicht tragisch, aber wenn es natürlich so weitergeht wird es zum Problem. Die Zunahme der Fremdverschuldung wird in Zukunft eher kleiner sein als prognostiziert. Zu den Spezialfinanzierungen. Diese sind wie der Name sagt ja speziell finanziert sprich durch Gebühren. Sie müssen aber keinen Gewinn machen. Kosten und Gebühren sollen im Gleichgewicht sein. Die Vorschriften für Spezialfinanzierung unter HRM2 sagen, dass es sowohl Verwaltungsvermögen als auch Guthaben für die Werterhaltung benötigt. Die Finanzkommission hat schon im Vorjahr den Wert des nötigen Verwaltungsvermögens festgelegt. Ich zeige den Mechanismus anhand der Spezialfinanzierung Wasser. Die rote Kurve zeigt das Ergebnis der Spezialfinanzierung Wasser. Durch ein positives Ergebnis erhöht sich der Bilanzüberschuss, das ist die blaue Linie. Nach dieser Planung wird der Sollwert von CHF 590'000.- im Jahr 2018 erreicht, so dass wir dann die Gebühren senken könnten. Wenn der Bilanzüberschuss durch tiefere Gebühren wieder unter die Sollgrenze sinkt, müssen die Gebühren wieder angehoben werden. So funktioniert dies beim Wasser und Abwasser. Wir gehen in der Finanzplanung davon aus, dass wir ab dem Jahr 2018 die Gebühren Wasser und Abwasser senken können, und dass wir den aktuellen gewährten Gebührenrabatt für den Abfall aufheben müssen. Dort haben wir einen hohen Bestand und haben bewusst abgebaut und der Rabatt gewährt. Im Jahr 2018 kommt nun der Zeitpunkt indem dieser Rabatt wieder aufgehoben werden müsste. Natürlich immer unter der Voraussetzungen, dass die Planung auch so eintrifft. Nun noch zu den Finanzkennzahlen. Diese sind im Finanzplan aufgeführt, eine Beurteilung ist jedoch aktuell schwierig, da sich die Berechnung unter HRM2 geändert hat und vor allem der Kanton noch keine Vergleichszahlen hat, respektive die anzustrebenden Soll-Werte unter HRM2 noch nicht veröffentlicht hat. Deshalb kommentieren wir diese Zahlen auch nicht. Was ich sagen kann ist, dass die Selbstfinanzierung, die nach wie vor unter 40 % ist auch nach wie vor ungenügend ist. Es zeigt eigentlich schon, dass wir viel investieren und zu wenig Ertrag haben. Ich komme zum Fazit. Der Finanzplan zeigt dank der Steuererhöhung und den Buchgewinnen durch die Verkäufe der letzten Jahre ein tragbares Resultat. Es ist auch tragbar, wenn wir den Beitrag an den Wislepark erhöhen wie vorgeschlagen. Wenn wir alle geplanten Investitionen wie eingestellt realisieren wollen, kann an der Steueranlage 1,70 nicht geschraubt werden. Worb ist im Wettbewerb der umliegenden Gemeinden steuermässig eher hoch. Zur Erinnerung, die Gemeinde Vechigen plant eine Steuersenkung und diese wird sicherlich auch angenommen. Wenn mittelfristig eine Senkung

der Steueranlage diskutiert werden soll, bedingt das eine grosse Disziplin bei allen Ausgaben und eine Überarbeitung der Investitionen bezüglich Notwendigkeit, Umfang und Standard. Wir vermögen nicht alles. Ich weiss nicht, ob wir es vermögen für viel Geld einen neuen Standort für die Bibliothek zu organisieren. Da müssen sachlich die Kosten und der Ertrag diskutiert werden. Dies fällt dann ebenfalls in eine solche Diskussion. Wenn wir alles realisieren, was aktuell in der Planung eingestellt ist, diskutieren wir in fünf bis sieben Jahren eher über eine erneute Steuererhöhung als über eine Steuersenkung. Dies möchte ich definitiv nicht. Und einmal mehr, die nicht beeinflussbaren Kosten, Sozialkosten oder ÖV werden weiterhin steigen. Wir brauchen ohnehin ein Bevölkerungswachstum, um schon nur diesen Kostenanstieg kompensieren zu können. Wenn wir uns weiter finanziell verbessern wollen, müssen die baureifen und geplanten Entwicklungsprojekte ohne weitere Verzögerungen umgesetzt werden können. Der Gemeinderat beantragt dem Antrag auf Seite 10 zu folgen. Ich mache explizit den Hinweis auf die Seite 3. Mit der Genehmigung des Finanzplans wird zur Kenntnis genommen, dass der Gemeindebeitrag für den Wislepark erhöht werden soll. Das Geschäft wird voraussichtlich in der Dezembersitzung behandelt. Der Grosse Gemeinderat wird entscheiden, ob dies umgesetzt werden soll oder nicht. Das würde dann das Resultat der Finanzplanung entsprechend korrigieren.

Kämpfer Erwin, FDP: Vorerst herzlichen Dank an Markus Lädach und Jonas Weil für die Darstellung des Finanzplans und die Erläuterungen und Erklärung an unserer Fraktionssitzung. Die Umstellung auf HRM2 gibt nun eine erste Basis, aber für uns bestehen natürlich keine Vergleichswerte und es gibt einige Gedankenspiele, welche wir abschalten müssen. Aber andererseits gehen wir auch davon aus, dass die Verwaltung und diese Zahlen uns auch Sicherheit geben, insbesondere für das nächste Jahr. Das Budgetergebnis gegenüber dem Vorjahr zeigt vordergründig eine stabilisierte Finanzlage. Aber der Verschuldung der Gemeinde muss eine hohe Aufmerksamkeit gegeben werden, damit wir keine bösen Überraschungen erleben. Markus Lädach hat uns die Entwicklung der Fremdmittel gezeigt, leider fehlte dies in den Unterlagen. Wir setzten den Fokus bei unserer Betrachtung vor allem auf zwei Punkte und verzichteten darauf auf die einzelnen Detailzahlen einzugehen. Als Erstes möchte ich etwas zur nachhaltigen Finanzierung sagen. Zurzeit können wir uns mit diesem Zinsniveau viel leisten. Aber wie ist dies in fünf Jahren? Wir von der FDP verfolgen insbesondere den Zuwachs dieser Verschuldung mit hoher Besorgnis. Wir haben es gehört, dass Fremdverschuldungen bis über 40 Mio. Franken möglich wären, wenn sich etwas an dem Markt verändern würde. Am Ende der Planperiode stehen immer noch Investitionen von 10 Mio. Franken an. Können wir uns diesen Finanzplan 2017/21 überhaupt noch leisten? Dies kommt immer darauf an, welche Zahlen die Zukunft bringen wird. Wir sehen dieser Situation ein bisschen bedenklich entgegen und stufen dies für eine nachhaltige Finanzierung eher kritisch ein. Es bedingt deshalb eine transparente Darstellung von der Verschuldung und die Auswirkung auf die Finanzlage der Gemeinde. Dies ist eine Anregung an die Verwaltung und das Departement Finanzen. Wie bereits im letzten Jahr angesprochen sehen wir mit diesen hohen Investitionen, besonders bei den Schulanlagen, dass vielleicht dort die Schraube angezogen werden müsste. Die Investition für die Schulhäuser betragen 13.7 Mio. Franken. Der strategische Investitionsplan ist zu hinterfragen. Für die FDP ist es unabdingbar, dass durch eine entsprechende Straffung an die Anforderungen wesentliche Einsparungen erzielt werden können. Nur durch ein straffes Ausgabenmanagement kann die Verschuldung längerfristig verringert werden. Als Zweites möchte ich etwas zur Entwicklung sagen. Der Finanzplan sieht eine Fortsetzung der positiven Entwicklung der Steuererträge vor. Dies leider nur bei den natürlichen Personen. Ob sich diese Prognose bewahrheitet, wird sich zeigen. Ihr wisst alle die Entwicklung der wichtigen Projekte von Worb und die damit verbunden Steuererträge sind ziemlich stark verzögert. Wenn diese Entwicklung so weitergeht, dann werden wir diese Vernachlässigung im erhöhten Mass zu spüren bekommen. Deshalb muss der Spardruck weiter hoch bleiben, dies ist

für die FDP klar. Parallel muss mit hoher Priorität das hohe Wachstum gefördert werden. Die Ortsplanung muss nun zwingend und dringend erfolgen und mit allen Mitteln die zur Verfügung stehen vorwärts getrieben werden. Ansonsten ist die innere Verdichtung nicht möglich. Die laufenden Projekte, welche auch in der Vorschau aufgeführt sind, müssen zielgerichtet zu Erfolg führen und die Anstrengungen für die Ansiedlung von neuen Firmen sollte investiert werden. Wir verweisen hier auf unsere Motion Soko WIWO und hoffen, dass wir noch darauf zurückkommen können. Die FDP wird dem vorgelegten Finanzplan 2017/21 zustimmen, erwartet jedoch in den nächsten Finanzplänen das Aufzeigen von der Verschuldung oder die Auswirkungen auf die Finanzlage der Gemeinde.

Hauser Adrian, BDP: Die BDP- und GLP-Fraktionen werden den Finanzplan genehmigen. Wir begrüßen es sicherlich, dass die Investitionen vorgenommen werden. Die Sanierungen wurden in den letzten Jahren immer wieder verschoben. Wir sind froh, wenn dies in den nächsten Jahren aufgeholt wird und sich dies nicht weiter nach hinten schiebt. Aus diesem Grund ist für uns auch ersichtlich, dass frühestens ab dem Jahr 2018 wieder über eine Steuersenkung diskutiert werden kann.

Aebersold Daniel, SVP: Die SVP dankt Jonas Weil und seinem Team für die Ausarbeitung des Finanzplans 2017/21. Einen besonderen Dank auch für die Darlegung des Finanzplans in der Fraktionssitzung. In den fünf Jahren der Planperiode bewegt sich der Erfolg im Bereich der schwarzen Null. Es bestätigt sich, dass sich die Finanzsituation stabilisiert hat. Dies war nur aufgrund der Steuererhöhung auf 1,70 möglich. Über die gesamte Planperiode sind Nettoinvestitionen von 29.1 Mio. Franken vorgesehen. Es ist darauf hinzuweisen, dass in den letzten Jahren nie alle geplanten Investitionen getätigt wurden. Aus diesem Grund hat die Finanzkommission eine Kürzung von 10 % auf die Nettoinvestitionen vom allgemeinen Finanzhaushalt beschlossen. Die SVP begrüsst dies. Für den Wislepark ist eine Erhöhung des Gemeindebeitrags um CHF 300'000.- auf neu CHF 700'000.- eingeplant. So war dies auch schon bei der letztjährigen Planung vorgesehen. Unser Fazit: Eine Senkung der Steueranlage ist wünschenswert aber momentan leider nicht in Sicht. Wir müssen darauf achten, dass wir die Kosten besser in den Griff bekommen. Die Sparbemühungen müssen weitergeführt werden. Zum Teil haben wir das Gefühl, dass Luxuslösungen geplant sind. Ein Minergiestandard bei Gebäuden muss vielleicht hinterfragt werden. Die beiden Fahrzeuge für den Werkhof sind mit CHF 150'000.- budgetiert. Da fragen wir uns, ob diese Fahrzeuge wirklich bereits nach zehn Jahren gewechselt werden müssen? Die SVP wird dem Finanzplan zustimmen.

Fröhlich Viktor, SP: Auch die SP-Fraktion verdankt die Finanzplanung. Insbesondere die Erklärungen, welche in der Fraktion abgegeben worden sind. Ich möchte nicht alles wiederholen was bereits gesagt wurde. Ich kann es relativ kurz halten. Die SP ist der Ansicht, dass überhaupt nicht bei den Steuern gespart werden kann. Finanztechnisch läuft die Gemeinde Worb wirklich am Limit. Was wir bemängelt haben ist, dass zum Beispiel die Fremdmittelentwicklung fehlt. Aber Markus hat dies mit der Folie noch nachgereicht. Für uns steht fest, dass der Finanzplan zu optimistisch ist. Die 1.5 – 2 % Zuwachs stellen wir ebenfalls infrage. Zu den Pauschalkürzungen der 10 % bei den Investitionen fragen wir uns, ob die Verschuldung nicht bei uns liegt? Dies ist ja nicht etwas vom Finanzdepartement. Ein Beispiel sind zum Beispiel die Kindergärten Hänsel und Gretel. Im Finanzplan steht, dass mit dem Bau im Jahr 2016/17 begonnen werden soll, damit im Jahr 2018 der Kindergarten in Betrieb ist. In der Vorschau haben wir festgestellt, dass nun noch ein Wettbewerb ausgeschrieben wird. Ob dies finanzpolitisch sinnvoll ist, wage ich zu bezweifeln. Im Finanzplan wird von einem Elementbau gesprochen. Meiner Meinung nach ist ein Kindergarten ein Zweckgebäude und da muss keine Wettbewerbsausschreibung stattfinden. Die SP-Fraktion wird den Finanzplan genehmigen.

Utiger Heinz, EVP: Auch wir danken herzlich für die detaillierte Dokumentation. Sie ist sehr gut dargestellt und beschrieben. Eine grosse Hilfe für uns ist die gute Zusammenfassung in der das Wichtigste dargestellt wird. Besten Dank für die gute Dokumentation. Durch die neue Rechnungslegung HRM2 ist es im Moment nicht möglich, dass ein Vergleich mit den Vorjahren gemacht werden kann. Die Auswirkungen sind im Detail nicht bekannt. Dazu braucht es auch Vertrauen von uns Politikern in die seriöse Arbeit von den Fachleuten. Diese befassen sich schon lange damit und wir dürfen sicher Vertrauen haben. Wir werden erst in den nächsten Jahren bessere Kenntnis davon haben was das alles bedeutet. Wir denken es ist mit den vorhandenen Mitteln gut in die Zukunft investiert. Einen Teil haben wir als Politiker vorgegeben, einen anderen Teil hat uns die Verwaltung gut vorbereitet und geplant. Wir wissen, dass sehr grosse Investitionen anstehen. Zum Beispiel die Sanierungen oder Unterhalt der Schulanlagen. Dass dies gestemmt werden kann, werden die Investitionen auf fünf Jahre aufgeteilt. Es wäre gut, wenn man diese Investitionen nicht weiter nach hinten schieben würde. Nicht, dass dann die nächsten GGR-Mitglieder darüber bestimmen müssen. Deshalb ist es sinnvoll, dass wir dies hier entscheiden und auch ausführen. Da wir nebst den Schulen in der Planperiode auch weitere grössere Investitionen haben, dass wir die Steueranlage bei 1,70 belassen. So können auch die nötigen Sanierungen und Investitionen getätigt werden. Es ist unklug und unverantwortlich aus verschiedenen Gründen die nötigen Investitionen nicht zu machen. Deshalb finden wir es sehr gut, dass der Gemeindebeitrag bereits jetzt mit diesen CHF 700'000.- im Finanzplan eingestellt ist, auch wenn der politische Entscheid noch nicht gefällt worden ist. Wir wissen aber, dass es von allen Seiten grosse Anstrengungen benötigt, damit dies wirklich auch so durchgeführt werden kann. Die EVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates, dass die Steueranlage von 1,70 Einheiten und die Liegenschaftssteuer von 1,3 Promille beibehalten wird. Wir nehmen zur Kenntnis, dass das Budget 2016 auf der Basis einer Steueranlage von 1,70 Einheiten und einer Liegenschaftssteuer von 1.3 Promille erarbeitet wurde.

Investitionsprogramm (Anhang Seite 11 bis 34)

Jorio Marco, GLP: Es geht um eine kleine Klärung. Wir haben zu Beginn der Sitzung eine einfache Anfrage betreffend Hangwasserproblematik in Rüfenacht eingereicht. Hier sehen wir einen gewissen Widerspruch im Verhältnis Vorschau und Finanzplanung. In der Vorschau steht auf Seite 10 etwas über die Projektierung der Hangwasserproblematik. Im Raum Hinterhaus und Scheyenholz sollen Retentionsbecken geschaffen werden. In der Finanzplanung steht auf Seite 28, dass beim Hochwasserschutz Dentenberg auch ein Retentionsbecken für 1.5 Mio. Franken geschaffen werden soll. Die Frage ist, ob dies das gleiche Projekt ist mit zwei verschiedenen Namen oder sind dies zwei verschiedene Projekte?

Gemeinderat Lädach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Ich kann nach Rücksprache mit Urs Thöni sagen, dass es sich um das gleiche Projekt handeln sollte, aber die Formulierungen sind wohl nicht identisch übernommen worden. Sachlich handelt es sich um das Gleiche und eine entsprechende Anpassung der Formulierung wird vorgenommen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 34 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. e der Gemeindeverfassung vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Die Finanzplanung 2017/2021, basierend auf einer Steueranlage von 1,70 Einheiten auf Einkommen und Vermögen und den ihnen gleichgestellten Steuerobjekten sowie einer Liegenschaftssteuer von 1,3 Promille der amtlichen Werte der Liegenschaften, wird genehmigt.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Budget für das Jahr 2017 auf der Basis einer Steueranlage von 1,7 Einheiten und einer Liegenschaftssteuer von 1,3 Promille der amtlichen Werte erarbeitet wurde.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der erforderliche Beitrag an den Wislepark pro Jahr mit CHF 700'000.00 berücksichtigt wurde, wie dies bereits im Finanzplan 2016 – 2020 vorgelegt wurde. Das Geschäft wird voraussichtlich im Dezember 2016 im Grossen Gemeinderat behandelt.
4. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Budget 2017: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 368	17.10.2016	5	2013/17-299	1343	21/10

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Maccaferri-Iseli Barbara, GPK: Ich äussere mich im Namen der GPK auch nur im Rahmen der allgemeinen Bemerkungen und werde zur Detailberatung nicht mehr nach vorne kommen. Ich versuche nicht noch einmal das Gleiche zu sagen, wie bereits in der Finanzplanung erwähnt worden ist. Die Botschaft informiert umfassend, basierend auf der Finanzplanung 2017/21 mit einer kleinen Abweichung. Eine leichte Verbesserung des Resultats von rund CHF 25'000.- in Folge von einer zweiten Lesung vom Budget 2017. Bei den Nettoinvestitionen hat Markus Lädach bereits den Sanierungsbedarf erwähnt, das werde ich nicht noch einmal erläutern. Der Budgetposten Sanierung Spielplatz Robi Rüfenacht entspricht mit CHF 186'000.- am Gemeindeanteil gemäss Entscheid des Grossen Gemeinderats, denn mindestens CHF150'000.- müssen nach wie vor aus Drittmittel finanziert werden. Auch zum Budget haben uns Markus Lädach und Jonas Weil Fragen beantwortet und wir danken ihnen auch hier bestens dafür. Ich erwähne kurz einige Antworten auf unsere Fragen. Der erwirtschaftete Gewinn wird nicht mehr direkt dem Eigenkapital wie bisher unter HRM1 zugewiesen, sondern mittels zusätzlichen Abschreibungen in dem Sammelkonto Wertberichtigungen verbucht, das aber auch zum Eigenkapital gehört. Das ist im Artikel 84 und 85 der Gemeindeverordnung des Kantons Bern so vorgesehen. Es bestehen immer noch Unsicherheiten bei der Anwendung den neuen Vorschriften unter HRM 2, wie auch Markus bereits gesagt hat. Im Budget 2016 sind wegen der Aktivierungsgrenze von CHF 100'000.- noch nicht alle von der Investitions- in die Erfolgsrechnung übertragenen Aufwände erfasst. Die betragen rund CHF 200'000.- ohne Spezialfinanzierungen. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf das Budget 2017. Die in der Investitions-

rechnung ab Seite 41 aufgeführten Beträge unter CHF 100'000.- gehören in die Investitionsrechnung, weil der Gesamtkredit vor HRM2 gesprochen worden und über mehrere Jahre aufgeteilt ist. Jonas Weil möchte prüfen, ob bei Projekten über mehrere Jahre die Anstellungsmessung auch der Gesamtkredit und die Abbuchungen aufgezeigt werden können. Noch kurz einige Erläuterungen zu grösseren Abweichungen gegenüber dem Budget 2016 in Konten der Erfolgsrechnung. Beim Konto Unterhalt von Software entfallen CHF 40'000.- auf Beleg Archivierung. Die neue Software Netkey und das obligatorische Einwohner-Upgrade für Abacus. Im Konto Schulgemeinde Ried/Schlosswil erklärt sich die Reduktion um rund CHF 34'000.- mit tieferen Ansätzen pro Schüler auf Kindergarten-, Primar und Sekundarstufe und weil es weniger Schüler hat. Dieser im Konto Pflegegelder um rund CHF 350'000.- tieferer Aufwand erklärt sich mit einem der Vorperiode zu hohen budgetierten Aufwand, dem jetzt Rechnung getragen worden ist. Die Erhöhung vom Beitrag der Tageselternorganisation um rund CHF 65'000.- erklärt sich einerseits mit der Erhöhung von den zulässigen Betreuungsstunden durch den Gemeinderat von rund 56'000 auf rund 70'000 Stunden und andererseits liegen die effektiven Kosten über dem Vorjahresbudget. Aufgrund von diesen Erfahrungswerten ist jetzt eine neue Budgetierung vorgenommen worden. Als Beschluss beantragt die GPK dem Grossen Gemeinderat das Budget für das Jahr 2017 mit einem Aufwand von CHF 50'826'522.- und einem Ertrag von CHF 51'131'147.- ergebend einen Ertragsüberschuss CHF 304'625.- sowie die Festlegung von der ordentlichen Steuern für Einkommen und Vermögen beziehungsweise, die ihnen gleichgestellten Steuerobjekte das 1,7-fache von den gesetzlichen Einheitsansätze und der Liegenschaftsteuer 1.3 % vom amtlichen Wert der Liegenschaften zu genehmigen. Unter der Kenntnisnahme der Berücksichtigung vom Beitrag an Wislepark in der Höhe vom CHF 700'000.- mit dem Hinweis von der Behandlung dieses Geschäft voraussichtlich in der Dezembersitzung sicher vom Grossen Gemeinderat zu genehmigen ist.

Gemeinderat Lädach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Ich hoffe ich kann bei dem Budget ein wenig kürzer werden, sehr viel wurde ja schon gesagt. Das Budget 17 ist im Prinzip das Resultat vom ersten Jahr, vom vorher behandelten Finanzplan. Danke für die Zustimmung zum Finanzplan. Ich möchte gerne noch kurz auf die Differenz zwischen dem Finanzplan und dem Budget eingehen, damit nachvollziehbar ist, wie das zustande gekommen ist. Wir haben den Finanzplan in erster Lesung im Gemeinderat verabschiedet und das Budget erst in zweiter Lesung. In erster und zweiter Lesung hat man das Budget korrigiert und hat darauf verzichtet, den genehmigten Finanzplan noch einmal zu korrigieren. Ich glaube ab diesen CHF 25'000.- sollten wir uns nicht stören. Das Budget für das Jahr 2017 schliesst bei einem Aufwand von 50.83 Mio. Franken einem Ertrag von 51.13 Mio. Franken und mit einem Ertragsüberschuss von CHF 304'625.- ab. Es wurde schon erwähnt, die Steueranlage 1,70 Einheiten ist. Das Budget basiert wie im Vorjahr auf einer Steueranlage von 1,70 Einheiten. Die Zahlen können infolge Systemwechsel auf HRM2 nur mit dem Budget 2016 verglichen werden. Auch hier muss man sagen, wir mussten im Laufe des Jahres feststellen, dass wir mit der ganzen Aktivierungsgrenze im Budget 2016 unsere Probleme gehabt haben. Auch die ganzen Interpretationen, die noch unter HRM1 oder HRM2 möglich sind, haben zu gewissen Fehlbuchungen geführt. Wir haben in Folge ziemlich viele Nachkredite, die wir umbuchen müssen. Auch hier der Vergleich mit dem Budget 2016 ist schwierig und es bestätigt sich die Aussage, die ich gemacht habe. Wir können erst mit der abgeschlossenen Rechnung 2016 eine höhere Zahlenqualität aufweisen und auch darum werden wir hoffentlich erst in einem Jahr unter der Kenntnis der Rechnung 2016 irgendwelche Varianten und Alternativen zu einer Steueranlage rechnen. Jetzt hätten wir ein relativ unsicheres Fundament, was auch die Fremdverschuldung betrifft. Darum habe ich vorhin nichts gesagt, ich möchte das eigentlich hier erwähnen. Zum Prozess, der ist wie bereits gesagt gegangen gleich wie im Finanzplan. Einfach, dass wir im Budget die einzelnen Kosten noch stärker röntgen können. Ich verweise bezüglich der allgemeinen Erläuterungen auf Botschaft und

die Ausführungen im Rahmen des Finanzplans und gehe gerade auf einzelne Zahlen anhand der Folien ein. Ich erinnere kurz an die Ausgangslage. Wir haben mit der Rechnung 2015, dank guten Steuererträgen, letztlich auch ein gutes Jahr gehabt. Wir konnten einen Ertragsüberschuss von CHF 854'000.- erzielen. Wir haben rund 2.4 Mio. Franken Nettoinvestitionen gehabt. Das Budget 2016 geht von einer ausgeglichenen Rechnung aus, da können wir heute noch keine Hochrechnungen machen, dies wäre zu früh. Wir müssen den November und Dezember abwarten. Was ich mitteilen kann, sind die Nettoinvestitionen von 5.57 Mio. Franken und dem Budget 2017, die CHF 340'000.- Überschuss und die 4.43 Mio. Franken Nettoinvestitionen. Zu den Basisdaten. Einfach die erste Zeile des Finanzplanes zur Erinnerung. Worb hat 11'450 Einwohnerinnen und Einwohner, davon 7'190 steuerpflichtige Einwohnerinnen und Einwohner. Gemäss Planung vom Kanton rechnet im laufenden Jahr für den Steuerertrag plus 2 % auf dem Einkommen und 1 % auf dem Vermögen. Zudem wird eine Teuerung von 0.5 % angenommen. Der Gesamtaufwand bleibt gegenüber dem Budget 2016 nahezu gleich hoch. Es ist eine Abnahme von kleinen 0.34 % zu verzeichnen. Auch das irgendwo in der Planungsgenauigkeit. Beim Personalaufwand hat es gewisse Veränderungen gegeben. Er erhöht sich gegenüber dem Budget 2016 um CHF 124'000.- oder um 1.4 %. Auch hier komme ich wieder zu ausserordentlichen Situationen. Wir haben einerseits beim Sozialdienst das erste Jahr wieder Vollbestand und zudem gab es eine Erhöhung um 40 Stellenprozent Anfangs 2016. Das führt zu einer Zunahme von rund CHF 115'000.-. Auf der anderen Seite entfallen die Kosten für die externe Überbrückung vom Leiter des Sozialdienstes. Diese sind dann aber bei dem Honorar und Beiträge gebucht. Also dort muss man alles ein wenig zusammen suchen, damit man die Zahlen vergleichen kann. Beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand steigen die Kosten gegenüber dem Budget 2016 um CHF 925'000.-. Das ist die Kostensteigerung durch die Umbuchungen und Neuverbuchungen unter HRM2. Umso mehr, da wir mehr im baulichen Unterhalt haben. Die ganze Thematik um die Aktivierungsgrenze, bei der man heute noch sagen muss, dass diese im Budget 2016 ungenügend umgesetzt worden ist. Dann zum Transferaufwand. Das sind die Summen der Entschädigungen, Beiträge an das Gemeindewesen und an Dritte sowie Leistungen aus dem Finanz- und Lastenausgleich. Insgesamt nimmt der Transferaufwand gegenüber dem Budget 2016 um knapp CHF 160'000.- ab. Gegenüber dem Budget muss man heute sagen, dass das Budget 2016 zu hoch gewesen ist und man das aufgrund der tieferen Rechnung von 2015 angepasst hat. Auch hier haben wir eigentlich nicht grosse Ausreisser. Der Wislepark ist erwähnt worden, aber auf diesen Beitrag möchte ich nicht näher eintreten. Der Gesamtertrag liegt CHF 131'000.- über dem Budget 2016. Das vor allem bei den Steuern. Wir haben 1.26 Mio. Franken Erträge aus den Steuern. Wir sehen hier auf der Folie die Einkommenssteuern. Die Steigerung bei einer natürlichen Person entspricht eigentlich der kantonalen Entwicklung. Bei der Vermögenssteuer waren vorhin die Prozentzahlen ersichtlich. Die wichtigen Zahlen sind die Gewinnsteuern von juristischen Personen. Die vergangenen Zahlen sind nicht ersichtlich, aber wir hatten auch schon mal CHF 800'000.- Gewinnsteuer von juristische Personen gehabt. Das war aufgrund der Bauten in Rüfenacht und der Gärtnereiüberbauung. Im Jahr 2015 haben wir den absoluten Taucher gehabt. Weil viele Steuern zu hoch gewesen sind und korrigiert werden mussten. Wir haben es probiert hoch zu rechnen und einen Durchschnitt zu nehmen. Mit CHF 490'000.- sind wir der Überzeugung, dass dies ein durchschnittlicher Mittelwert ist, der auch realistisch ist. Mit den grossen Schwankungen bei den juristischen Personen müssen wir wahrscheinlich leben. Diejenigen, die selber eine Firma haben wissen, wie es manchmal geht, wenn Veranlagungen oder Rückforderungen kommen. Das ist schwer zu planen und eine knappe halbe Million ist da realistisch und so kommt der Ertrag der Steuern zustande. Noch kurz zu den Investitionen. Ich habe gesagt, dass die Nettoinvestitionen 4.43 Mio. Franken betragen und rein aus dem allgemeinen Haushalt von 2.03 Mio. Franken ohne Spezialfinanzierung. Wir können Investitionen im 2017 aus dem Cashflow aus der Liquidität zahlen. Es gibt im Jahr 2017 keine Neuverschuldung und so wie es aussieht sollte es auch für das Jahr 2018 noch

reichen. Im Jahr 2017 haben wir eher wenige Investitionen geplant, wie man vorhin bei der Finanzplanung den Durchschnitt über die nächsten paar Jahre gesehen hat. In den nächsten Jahren werden diese wieder höher sein. Im Jahr 2017 müssen wir überprüfen, was uns künftig erwartet. Im Detail, die Nettoinvestitionen sind aufgeführt und jetzt erlaube ich mir eine Bemerkung zu Sandra zu machen, betreffend Thema Päckchenbildung. Nehmen wir einen Lift, wenn dieser Lift jetzt CHF 90'000.- kosten würde wäre er im Aufwand vermerkt. Aber ein Lift an einem Gebäude zum Beispiel ein Schulhaus, das ist doch eigentlich eine Investition. Ich möchte nicht sagen, dass wir schauen, dass alle Investitionen auf CHF 100'000.- gestellt sind. Aber wir werden sicher ein Interesse haben im Rahmen der Finanzplanung was wirklich Investitionscharakter und nicht Unterhaltscharakter, da muss überlegt sein, ob ein Zusammenhang mit andere Dingen besteht. Es muss geprüft werden, ob es als Gesamtprojekt eingefügt werden kann. Dies ist eine Aufforderung an das Departement Planung. Meistens betrifft dies den Hochbau, vielleicht auch den Tiefbau. Bei der Planung muss einfach überlegt werden, ob es als Investition geplant werden kann oder ob es Aufwand ist. Zurück zu den einzelnen Nettoinvestitionen. Es sind die wichtigsten und grössten Posten. Sie sehen zwei Investitionen im Bereich Software im Sozialdienst, das ist unter anderem auch eine Massnahme für die Effizienzsteigerung von den ganzen Verbuchungen. Die Gemeinde ist auch vom Technologiewechsel betroffen. Die Umgestaltung des Spielplatzes Robi Rüfenacht wurde ja hier beschlossen. Dann der Unterhalt von den Gewässern, Ortsplan, Energierichtplan und Zentrumsgestaltung Rüfenacht. Und dann kommt noch der Strassenunterhalt, welcher jedoch im Jahr 2017 relativ tief ist. Weiter geht es mit den ersten Investitionen bei den Schulanlagen. Es sind verhältnismässig kleinere Investitionen, aber diese summieren sich schlussendlich doch. Diese Investitionen sind auch bereits aufgegleist und realisierbar. Beim Gemeinschaftsraum Wattenwil ist klar, dass wir diesen erst dann einbauen, wenn klar ist, wo das geschehen soll. Das ist auch eines von diesen Projekten die schon mehrere Jahre immer wieder auf der Zeitachse ist und wir können heute nicht mit gutem Gewissen sagen, dass wir das im laufenden Jahr realisieren können, weil es vielleicht noch gar nicht so weit ist. Ich kann euch versichern, dass diese Sachen sehr gewissenhaft angehen werden und nicht etwas macht wenn man noch nicht bereit ist. Das war immer so und darum sind wir auch wieder bei Wort von Viktor und ziehen immer wieder von den Investitionen etwas ab, weil uns einfach die Realität einholt und uns zeigt, dass es so ist. Es wird in den nächsten Jahren ein Projekt oder eine Prüfung sein, dass das Thema strategische Investitionsplanung noch einmal unter HRM2 durchleuchtet wird. Es wäre wünschenswert, man könnte die Investitionen ganz genau planen so wie man es realisieren kann. Aber alle die, die selber bauen und planen wissen, wie schnell es Verzögerungen geben kann, insbesondere wenn noch Behörden im Spiel sind. Dann muss manchmal wieder von vorne begonnen werden. Bei den Finanzkennzahlen verzichten wir auf eine Aufstellung der Zahlen. Dies ist dieselbe Begründung, die ich schon erwähnt habe. Wir können nicht einordnen, ob wir gut dastehen oder nicht. Wir werden sie im Folgejahr wieder aufführen, wenn wir verlässliche Vergleichs- und Sollwerte haben. Dann wäre ich schon beim Fazit: Das Budget 2017 zeigt einen geringen Überschuss, aber vor allem deshalb, weil Investitionen in die Folgejahre hinausgeschoben wurden und im Jahr 2017 eher unterdurchschnittlich investieren werden. Diese Investitionen werden und mit ein bis zwei Jahren Verzögerungen stärker belasten. Eine Lockerung der Ausgabendisziplin ist nicht angebracht und war im Budget auch nicht ersichtlich. Wir haben nirgend gesehen, dass einfach so eine Zahl höher eingesetzt wurde. Erst die Rechnung 2016 wird uns zeigen, wie gut die Qualität der Zahlen unter dem Rechnungslegungsmodell HRM2 ist. Der Gemeinderat beantragt gemäss dem Beschluss auf der Seite 10 der Botschaft zu genehmigen. Auch hier gilt der Hinweis, dass nicht der Gemeinderat selbst im März 2017 diese CHF 300'000.- selber an den Wislepark weitergibt. Dies können und machen wir nicht und wäre ja auch gar nicht die Meinung.

Federer Guido, SP: Jonas Weil hat uns in der Fraktion das Geschäft im Detail erläutert und alle Fragen zu unserer Zufriedenheit beantwortet. Dafür möchten wir ihm danken. Wir haben auch gesehen, dass die Umstellung auf das Rechnungslegungsmodell HRM2 für die Verwaltung eine Herausforderung ist. Für diese Herausforderung sprechen wir der Verwaltung einen besonderen Dank aus. Die SP äussert sich zum Budget nur in den allgemeinen Bemerkungen. Das Budget 2017 weist eine schwarze Null auf. Dies ist nur dank der Steuereinheit von 1,70 möglich. Darum unterstützt die SP auch die Beibehaltung dieser Steueranlage, vor allem auch unter Anbetracht von der eher optimistischen Annahmen zur Entwicklung der Steuererträge von den natürlichen Personen. Aber auch unter Berücksichtigung der kommenden Investitionen wäre eine vorschnelle Senkung der Steuern fatal für die Finanzlage der Gemeinde. Zudem haben wir auch nicht in jedem Jahr ein Altersheim zu verkaufen, welches das Budget und die Rechnung aufbessert. Wir befürworten, dass für den Wislepark ein Betrag von CHF 700'000.- eingestellt wird. Das ist kein Präjudiz für die Höhe und Art von der zukünftigen Finanzierung des Wisleparcs. Aber weil doch Investitionen absehbar sind, wäre es aus unserer Sicht nicht korrekt, wenn dies nicht im Budget eingestellt wird. Die Hauptursache für die Erhöhung des Sachs- und Betriebsaufwand ist eine Erhöhung der Aktivierungsgrenze aufgrund von HRM2. Es handelt sich dabei aber nicht um effektive Mehrkosten, sondern um Verschiebungen über die Jahre. Wir erwarten, dass diese Regelung konsequent und transparent umgesetzt wird. Wir bleiben dabei und möchten nicht ein gesamtes Paket erhalten. Für uns ist wichtig, dass langfristig eine gleichbleibende Praxis besteht. Für die Vergleichbarkeit wäre es aus unserer Sicht hilfreich, wenn die Auswirkung der Aktivierungsgrenze jeweils dargestellt werden könnte. Das die zeitlichen Auswirkungen sichtbar sind. Die SP-Fraktion wird dem Budget 2017 zustimmen.

Kämpfer Erwin, FDP: Besten Dank an die Verantwortlichen, die das Budget 2017 auch uns vorgestellt haben. Wir begrüssen natürlich diesen Voranschlag mit einem positiven Ergebnis. Dies darf sicher erwähnt werden. Gesamthaft erscheint uns dieses Budget als zweckmässig und nachvollziehbar. Ich glaube es dauert bis die Sicherheit da ist, welche zuerst aufgebaut werden muss und bis Vergleichszahlen vorhanden sind. Bis dahin müssen wir die Sicherheit und auch das Vertrauen in unsere Verwaltung und die sämtlichen Teams haben, die am Budget arbeiten. Es bildet ja jeweils eine Periode von einem Jahr ab und deshalb lassen wir dies mal so stehen. Wir gehen davon aus, dass diese Finanzzahlen sich so einstellen wie vorgesehen. Wir haben auch beim Finanzplan darauf hingewiesen, dass die Sanierungen von den Schulanlagen bei den Investitionen sehr hoch sind. Wie erwähnt sind sie im Jahr 2017 noch im bescheidenen Rahmen gegenüber den Folgejahren. Aber dennoch müssen wir einmal mit dem Ausgabenmanagement beginnen. Die Einsparungen müssen dort gemacht werden, wo sie sich auch wirklich lohnen. Ich gehe davon aus, dass das Departement Bau diese Investitionen und die strategische Investitionsplanung auch überdenkt und dies grundsätzlich hinterfragt. In diesem Sinne wird die FDP dem Budget 2017 zustimmen und wünscht den Verantwortlichen gutes Gelingen.

Kapitelweise Beratung

Botschaft

Keine Wortmeldungen.

Anhang, Erfolgsrechnung nach Institutionen

Keine Wortmeldungen.

Anhang, Erfolgsrechnung nach Arten

Keine Wortmeldungen.

Anhang, Investitionsrechnung nach Institutionen

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 34 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 48 Bst. a der Gemeindeverfassung vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Das Budget für das Jahr 2017 mit einem Aufwand von CHF 50'826'522.00 und einem Ertrag von CHF 51'131'147.00, ergebend einen Ertragsüberschuss von CHF 304'625.00, wird genehmigt.
2. Für das Jahr 2017 werden folgende Gemeindesteuern festgelegt:
 - ordentliche Steuern für Einkommen und Vermögen beziehungsweise die ihnen gleichgestellten Steuerobjekte das 1,70-fache der gesetzlichen Einheitsansätze
 - Liegenschaftssteuern: 1,3 Promille vom amtlichen Wert der Liegenschaften.
3. Vorbehalten bleiben
 - eine fakultative Volksabstimmung gemäss Art. 48 Bst. a
 - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der erforderliche Beitrag an den Wislepark pro Jahr mit CHF 700'000.00 berücksichtigt wurde, wie dies bereits im Finanzplan 2016 – 2020 vorgelegt wurde. Das Geschäft wird voraussichtlich im Dezember 2016 in erster Lesung im Grossen Gemeinderat behandelt.
5. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Beschäftigungsprogramm für ausgesteuerte Sozialhilfebezüger; Produktdefinition: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 368	17.10.2016	6	2013/17-300	1219	44/30/2

Detailberatung

Maccaferri-Iseli Barbara, GPK: Die Ausgangslage von diesem Geschäft ist die Erneuerung von der Produktdefinition, welche per 31. Dezember 2016 ausläuft mit einem Nettoaufwand von CHF 80'000.-. Die neue Produktdefinition ist im Bezug auf Arbeitsplätze, durchschnittliche Teilnehmer und der Definition von der Integration angepasst worden. Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) unterstützt dieses Projekt jährlich mit einem Beitrag von CHF 6'358.- pro Platz. Aus dem beiliegenden Konzept, KIA 2015 – 2017, sind die Finanzierung und der Kostenrahmen durch den Kanton ersichtlich. Vorbehältlich durch die Budgetfreigabe des Grossen Rates wird das Betreuungsprojekt im Rahmen vom Vorjahr auch im Jahr 2017 mitfinanziert. Die Erneuerung des bestehenden Vertragsverhältnisses ist unbestritten und genügend begründet. Die Finanzkommission hat das Geschäft nicht behandelt, da sich beim Betrag von CHF 80'000.- nichts ändert. Als Trägerschaft bzw. Vertragspartner ersetzt der Verein Gleis 2 den Verein „Stay a while“ ab 1. Januar 2014. Nach der Reorganisation des Vereins und dem Wechsel von mehreren Vorstandsmitgliedern ist der Fortbestand des Vereins als Trägerschaft sichergestellt. Die Finanzplanung bzw. der Businessplan des Vereins für diese Betreuungsplätze fehlt in der Botschaft. Damit die GEF die Betreuungsplätze auch weiterhin finanziert, ist es für die GPK unabdingbar, dass die im Konzept KIA 2015 – 2017 aufgeführten Vorgaben über Leistungsangebote und Wirkziele und diese in den jeweiligen Verfügungen der GEF für die Gewährung eines Beitrages an die KIA Worb dargelegten Qualitätsstandards von den Leistungsangeboten eingehalten werden müssen. Die Botschaft informiert sehr ausführlich über das Projekt, ist jedoch kompliziert strukturiert und schwierig zu lesen. Die GPK beantragt dem Grossen Gemeinderat die Produktdefinition Arbeits- und Beschäftigungsprojekt zu genehmigen.

Gemeinderätin Kölliker Lenka, Departementsvorsteherin Soziales: Barbara Maccaferri hat schon vieles gesagt und deshalb versuche ich mich kurz zu halten. Wir behandeln hier eine Verlängerung eines bestehenden Vertrags zwischen der Gemeinde und dem Verein gleis2. Gleis2 ist ein sozialwirtschaftlicher Verein mit dem Sitz in Worb. Er bietet befristete und unbefristete Arbeitsplätze und strukturierte Förderprogramme an. Im Vordergrund stehen die berufliche und soziale Integration von leistungseingeschränkten Menschen und Langzeitarbeitslosen. Der Verein gleis2 wurde im Jahr 2014 gegründet. Er löste damit die Organisation recy-worb ab. Einige von euch haben die Auflösung des recy-worb damals miterlebt. Es gab Probleme, weil Strukturen und Verantwortlichkeiten gefehlt haben. Der Verein hat sich neu konstruiert und wird von anderen Personen geführt. Im April 2014 hat die Gemeinde mit dem gleis2 einen neuen Vertrag abgeschlossen. Dieser läuft per 31. Dezember 2016 ab. Nun muss der Vertrag erneuert werden und bei dieser Gelegenheit wurde die Produktdefinition leicht angepasst. Ihr habt die alte wie auch die neue Produktdefinition erhalten. Es sind lediglich kleinere Anpassungen notwendig. Der Gemeinde Worb stehen sieben Beschäftigungsplätze zur Verfügung. Neu sind dies 700 %. Die meisten Teilnehmenden haben ein Beschäftigungsgrad von 50 – 60 %. Von der Gemeinde Worb werden nur Sozialhilfebezüger/innen am Pro-

gramm des gleis2 teilnehmen. Die Gemeinde bezahlt dem gleis2 einen jährlichen Beitrag von CHF 80'000.-, im Monat sind dies CHF 6'666.65. Dieser Betrag wird nach Auflagen und entsprechendem Controlling, in monatlichen Raten, für jeden besetzten Beschäftigungsplatz an den Verein überwiesen. Weil es sich bei diesem Projekt um sogenannte KIA-Plätze handelt, werden diese durch die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) mit einem monatlichen Betrag von CHF 6'358.- mitfinanziert. Ich habe mit Urs Kolly im September 2016 den Verein gleis2 besucht. Ich glaube ich kann auch im Namen von Urs sagen, dass wir einen recht guten Eindruck gewonnen haben. Die Arbeiten sind strukturiert und Instruktionen liegen vor. Ein Teil der Beschäftigung besteht aus Arbeit mit Holz. Das heisst Holz wird geschnitten, aussortiert und Paletten werden hergestellt. An dieser Stelle möchte ich meinen Dank an Markus Lädach und die OLWO aussprechen. Das gleis2 kann von der OLWO gewisse einfache Aufträge erledigen. Dies macht den Beteiligten Spass und mit dem Rest können sie Paletten für Hilfswerke etc. erstellen. Der zweite Teil der Arbeiten besteht nach wie vor aus den Arbeiten des ehemaligen recy-worb. Alte Geräte werden auseinandergenommen und was noch möglich ist, versuchen sie zu verkaufen. Es werden auch alte Kabel gesammelt, aussortiert und auch hier wird versucht noch möglichst viel zu verkaufen. Neu werden auch noch Räumungen von Häusern oder Wohnungen vor einer Renovation oder einem Umzug durchgeführt. Neben der Zusammenarbeit mit der OLWO durfte das gleis2 auch gewisse Arbeiten an der Woxpo durchführen. Sie haben zum Beispiel die Firma Hofstetter Zeltbau beim Auf- und Abbau unterstützt. Zudem konnten die Beschäftigten auch einige Einsätze in der Fissco durchführen. Mir ist wichtig und dies wurde auch diskutiert, dass die Aktivitäten des gleis2 nicht das Gewerbe konkurrenzieren. Die Arbeiten sollen nach Rücksprache mit dem Gewerbe durchgeführt werden, sodass Win-Win-Situationen generiert werden. Wie bereits erwähnt, erhalten wir quartalsweise Controllingberichte. Ich möchte hier ein paar konkrete Zahlen erwähnen. Zurzeit hat es im Beschäftigungsprogramm elf Personen und total 715 Stellenprozente. Einige Personen arbeiten zwischen 50 – 70 %. Die 700 Stellenprozente werden also eingehalten. Seit Januar 2016 sind 19 Personen an diesem Programm beteiligt. 18 Männer und eine Frau. Zwölf verschiedene Staatsangehörigkeiten und fünf verschiedene Glaubenszugehörigkeiten. Wir hatten acht Neueintritte und acht Austritte. Bei den Austritten haben zwei Personen den Weg in den ersten Arbeitsmarkt gefunden. Eine Person hat eine Testanstellung erhalten, eine Person wurde pensioniert, zwei Personen beschäftigt gleis2 wegen Unverbindlichkeit nicht mehr und zwei Personen gingen aufgrund einer Krankheit. Ich komme zum Fazit. Das vorliegende Geschäft ist eine Erneuerung eines bestehenden Vertrags. Der Vertrag wird mit praktisch gleichen Konditionen erneuert und weitergeführt. Es bestehen kein Leistungsausbau und keine zusätzlichen Kosten. Für mich ist wichtig, dass das Geld in monatlichen Raten überwiesen wird, sodass die Kostenverteilung gleichmässig ist. Wichtig ist ebenfalls, dass wir quartalsweise einen Controllingbericht erhalten, über welchen wir auch diskutieren. Der Sozialdienst erhält wöchentlich einen Bericht über den Programmverlauf, wo die wichtigsten Vorkommnisse und spezielles Verhalten auch aufgeführt sind. Da der Kanton die Integration unterstützt werden die Kosten vom kantonalen Programm praktisch gedeckt. Es ist somit kostenneutral. Wenn das Programm erfolgreich ist, was wir ja alle hoffen, dann werden die Personen in den Arbeitsmarkt integriert und sie können ihr Leben eigenständig meistern und vor allem neue Perspektiven gewinnen. Ich bitte euch, den Antrag zu unterstützen.

Gränicher Marius, SP: Auch die SP-Fraktion ist nach wie vor überzeugt, dass es eine gemeindeeigene Ergänzung zu den Integrationsangeboten des Kantons braucht. Wir sind deshalb froh, dass es eine solche Institution wie das Sozialwerk gleis2 gibt, welche für unsere ausgesteuerten Sozialhilfebezüger ein niederschwelliges Beschäftigungsprogramm anbieten. Der Leistungsvertrag und die vorliegende revidierte Produktedefinition stellen wir deshalb in keiner Art und Weise infrage. Gerade weil diese Produktedefinition ein Teil des Leistungsvertrags ist, haben wir uns gefragt, wes-

halb dieser Leistungsvertrag nicht auch als Beilage zu der Botschaft beigelegt wurde? Die Änderungen in der Produktedefinition sind für uns absolut nachvollziehbar und richtig. Ich denke, die wichtigste Änderung ist, dass man von einer quantitativen Forderung von einer Integration in eine zwingende berufliche Integration wekommt. Es ist bei vielen Sozialhilfebezüger/innen leider nicht realistisch, dass sie den Einstieg in den primären Arbeitsmarkt finden, auch wenn dies anzustreben wäre. Ich habe als Mitglied der Sozialbehörde an diesem neuen Leistungsvertrag bzw. an der Produktedefinition mitgearbeitet und konnte im gleis2 auch das eine oder andere Gespräch mit den Verantwortlichen und mit den tätigen Leuten führen. Es ist schon viel erreicht, wenn diese Leute dort klare Strukturen erfahren und nicht untätig zuhause sind. Mit einer niederschweligen Beschäftigung steigt auch das Selbstwertgefühl von diesen Personen. Sie werden im besten Fall nicht nur sozial wieder integriert, sondern vielleicht tatsächlich im primären Sektor. Wichtig ist für uns in diesem Zusammenhang auch, dass auch die Sensibilität besteht, dass diese Personen auch ausserhalb der Werkstatt in der alten Mosterei tätig sein können. Sei dies in der OLWO oder anderswo. Es darf nicht sein, dass eine Konkurrenz zu den Arbeitsplätzen besteht oder die Personen als günstige Arbeitskräfte engagiert werden. Dies hat Lenka Kölliker auch bereits erwähnt. Auch schon mehrfach erwähnt worden ist, dass die Beiträge vom Kanton bekanntlich an gewissen Bedingungen verknüpft sind. Dies war auch in der Verfügung ersichtlich. Auch für uns ist es absolut wichtig, dass gewährleistet werden kann, dass die Forderungen und Bedingungen eingehalten werden. Wir denken da vor allem auch an die Forderung, dass das Angebot von einer Fachperson mit besonderen Kompetenzen geleitet werden muss. Und zum Schluss würden wir uns auch noch wünschen, dass in Zukunft die Geschlechterverteilung mit geschickten Massnahmen in ein Gleichgewicht gebracht werden kann. Denn wir haben es gehört, bis jetzt waren im Jahr 2016 18 Männer und eine Frau beschäftigt. Die SP-Fraktion wird der Produktedefinition zustimmen.

Jost-Pfister Catarina, GLP: Die GLP- und BDP-Fraktionen werden dieser Produktedefinition zustimmen. Für uns ist es sehr wichtig, dass es solche Institutionen gibt. Es betrifft Menschen. Menschen, welche Schwierigkeiten im normalen Berufsleben haben. Wir vergessen aber manchmal auch die Familien, welche dort integriert werden. Manchmal sind noch Familien oder Kinder im Spiel und so betrifft die Situation ein ganzes Umfeld. Dies kann nur ein Pluspunkt sein, wenn diese Leute beschäftigt werden und am Abend sicher zufrieden heimkehren. Dann fühlt man sich anders, als wenn man einfach nichts zu tun hat und die Strukturen fehlen. Durch solche Situationen können auch Probleme in der Familie entstehen. Für uns ist es aber ganz wichtig, dass es eine solche Produktedefinition gibt. Es muss ganz klar festgehalten werden, wer das ist, wie viele Leute an einem solchen Programm teilnehmen, dass dies neutral geführt wird und dass es eine Zusammenarbeit mit dem Sozialdienst ist. Wir wünschen uns sehr, dass solche Institutionen weitergeführt werden oder noch weitere entstehen werden. Wir denken auch, dass diese CHF 80'000.- von der Gemeinde sehr gut investiert sind. Besonders an eine solche Situation bei der nicht gerade ersichtlich ist, welcher grossen Nutzen dies erbringt. Dies ist vielleicht erst später ersichtlich.

Suter Michael, FDP: Die liberale Fraktion unterstützt das hier unterbreitete Geschäft bezüglich dem Beschäftigungsprogramm für ausgesteuerte Sozialhilfebezüger. Die Anregung bzw. die Frage von unserer Fraktion kann ich gleich vorweg nehmen. Der Verein gleis2 soll ja gemäss der Botschaft soziale und berufliche Integration von leistungseingeschränkten Menschen, Langzeitarbeitslosen, Asylbewerber und anerkannten Flüchtlingen fördern. So steht dies im Vereinszweck. Das zu genehmigende Geschäft betrifft aber nur die ausgesteuerten Sozialhilfebezüger. So steht es auf jeden Fall auch in der Produktedefinition, welche der Botschaft beigelegt ist. Wir halten also fest, dass die Gemeinde die entsprechenden Personen dem Programm zuweist und der Verein ist dann zuständig, die entsprechenden Massnahmen mit den Mitteln der Gemeinde oder vom Kanton umzusetzen.

Dass der Verein auch andere Programme anbietet und andere Mittel speist, ist solange okay wie die Kostenkontrolle und Kostenwahrheit gewährleistet ist. Der Sozialdienst muss also das Controlling sicherstellen und nebst der Gemeinde ist insbesondere auch der Leistungserbringer zu einem konsequenten Controlling anzuhalten. Das Controlling ist wiederum von der Gemeinde zu überprüfen. Die in diesem Bereich verantwortlichen Gemeinderäte der FDP weisen schon lange daraufhin, dass es eine konsequente Kostenkontrolle benötigt. Diese Arbeit ist weiterzuführen und wir von der liberalen Fraktion unterstützen unsere Gemeinderäte dabei. So kommen wir endlich zu einem konsequenten Reporting im Sozialbereich. Dies unsere Anregung im vorliegenden Geschäft. Im Übrigen geht es in diesem Geschäft darum, dass die Gemeinde ein Angebot ermöglicht, das für Menschen ist, die Stabilität, Perspektive und allenfalls ein Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt benötigen. Das Engagement ist in diesem Saal sicher unbestritten. Wie dies ausgeführt wird, in welchem Rahmen und mit welchen Mitteln kann man sich jeweils noch unterhalten. Die FDP sieht aber in diesem Geschäft das Preis-Leistungsverhältnis nach wie vor als gut, die Rahmenbedingungen als zweckmässig und das Controlling, mit den von mir erläuterten Ergänzungen, als genügend an. Die Liberalen werden deshalb diesem Geschäft zustimmen.

Moser-Utiger Silvia, EVP: Aus eigener Erfahrung von einer Institution, wo ich tätig bin, weiss ich, dass ein Verein, welcher eine soziale Stabilisierung bietet, wichtig ist in unserer Gesellschaft. Diese Art von Sozialhilfe bietet nebst Freude, Befriedigung und Motivation an der Tätigkeit, auch eine grosse Selbstbestätigung. Die Tagesstruktur, welche das Angebot gibt, wirkt sich präventiv gegen das Suchtverhalten, gesundheitliche und psychische Probleme und so können hohe Gesundheitskosten verringert oder gar vermieden werden. Gelingt sogar die Integration in den Arbeitsprozess, fallen zudem jahrelange Sozialkosten weg. Die EVP genehmigt das Arbeits- und Beschäftigungsprogramm vom gleis2, denn es geht bei uns EVP immer um Menschen.

Zbinden Rudolf, SVP: Wir von der SVP-Fraktion stimmen diesem Geschäft ebenfalls zu. Ein gewisser Tagesablauf ist wichtig für diese Personen. Sie wissen, weshalb sie am Abend müde sind und aus diesem Grund werden wir dem Antrag zustimmen.

Gemeinderätin Kölliker Lenka, Departementsvorsteherin Soziales: Ich gebe gerne noch ein Feedback zu den Voten. Marius, du hast völlig Recht. Mir ist die Verteilung mit 18 Männern und einer Frau ebenfalls ein Dorn im Auge. Es hängt aber damit zusammen, dass die Arbeiten eher für Männer geeignet sind und dass die Frauen an diesem Programm auch nicht sehr interessiert sind. Aber dies wurde bereits diskutiert und auch ans gleis2 weitergeleitet. Es muss einfach immer wieder probiert werden, damit mehr Frauen ins Programm integriert werden. Zu deiner Anregung, Michael. Es ist korrekt, dass von Worb nur Sozialhilfeempfänger in das Beschäftigungsprogramm vom gleis2 geschickt werden. Das Gleis 2 kann aber auch andere Teilnehmer von anderen Gemeinden aufnehmen und dies können auch Flüchtlinge oder Asylsuchende sein. Die Gemeinde Worb bezahlt aber nur für die Sozialhilfeempfänger von Worb.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 34 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 48 Bst. e der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Die Produktdefinition "Arbeits- und Beschäftigungsprojekt" wird genehmigt.
2. Vorbehalten bleiben
 - eine fakultative Volksbestimmung gemäss Art. 48 Bst. e
 - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35
 der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Motion der FDP-Fraktion betreffend SOKO – WIWO SOnderKOmission Wirtschaf – WOrb

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 368	17.10.2016	7	2013/17-301	1437	31/60

Suter Michael, FDP: Ich begründe im Namen der liberalen Fraktion die Motion SOKO WIWO vom 23. Mai 2016. Zuerst zum Formellen. Man könnte ja versucht sein die Motion, weil sie schon ein bisschen unklar formuliert ist, als Postulat entgegenzunehmen. Gemäss Artikel 56 von unserer Gemeindeverfassung erlässt der Gemeinderat eine Verordnung über die Verwaltungsorganisation und dort ist festgehalten, dass er namentlich alle weiteren Kommissionen einsetzt. Dies ist festgehalten im Abs. 1 Bst. e. Gemäss Artikel 59 unserer Verfassung können der Gemeinderat wie der Grosse Gemeinderat in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich Spezialkommissionen einsetzen. Funktionell ist also jedes Organ zur Einsetzung einer Sonder- oder Spezialkommission berechtigt. Von diesem Hintergrund hätte die FDP-Fraktion auch einfach direkt dem Grossen Gemeinderat einen Beschluss unterbreiten können mit dem Ziel, dass das Reglement über die ständigen Kommissionen angepasst wird. Die SOKO WIWO wäre dann einfach als Spezialkommission vom Grossen Gemeinderat entstanden. Dies war aber nie die Idee unseres Vorstosses. Die FDP will alle relevanten Personen in der Worber Wirtschaftsentwicklung miteinbeziehen. Dazu gehört insbesondere unsere Regierung und Vertreter des Worber Gwärbs. Diese müssen bei einer solchen Kommission unbedingt dabei sein. Dies ist auch der Grund, weshalb das vorliegende Geschäft eben als Auftrag an die Regierung formuliert worden ist. Wenn dies nun nur als Postulat und nicht als Motion entgegen genommen würde, dann wäre dies überspitzter Formalismus und dies würde letztlich auch bedeuten, dass die Rechte des Parlaments beschneiden würde. Es ist also nach wie vor eine Motion. Nun zum Inhalt. Unsere Wirtschaft ist der Motor, welcher alles antreibt. Ich sage dies so deutlich, weil es immer wieder vergessen geht. Wenn die Menschen eine gute, sichere und geregelte Arbeit haben, die sie ausfüllt und erfüllt, dann ist dies sehr, sehr viel wert. Unser Gemeinwesen kann nur das Geld ausgeben, welches aus den Einkünften der Arbeitnehmenden und aus den Gewinnen der Unternehmungen entnimmt. Unsere Wirtschaft muss deshalb der zentrale Fokus unserer Gemeindepolitik sein. Nun prüfen wir, was in den letzten Jahren tatsächlich in der Wirtschaft in unserer Gemeinde passiert ist. Wir stellen einfach fest, dass wichtige Projekte blockiert sind und blockiert bleiben. Es geht nur langsam und schleppend voran. Eine Strategie im Sinne einer aktiven Positionierung der Gemeinde fehlt. Die wichtigen Akteure im Bereich Wirtschaft sprechen trotz Wirtschaftsapéro oder Wirtschaftsbrunch relativ wenig miteinander. In der Standortförderung werden relativ stur Einzelmassnahmen abgearbeitet anstatt, dass ein Gesamtkonzept verfolgt wird. Beim Gewerbe herrscht zuweilen eine Orientierungslosigkeit und wenig Mut zu Innovationen. Und schliesslich werden wichtige Impulse immer von relativ wenigen Personen getragen. Diese Entwicklung beobachtet die

FDP seit Jahren mit Sorge. Wiederholt hat unsere Fraktion Vorstösse eingereicht, um das ortsansässige Gewerbe zu unterstützen, zu beleben und zu fördern. Mit dieser Initiative SOKO WIWO wollen wir nun einen anderen Weg gehen. Und zwar der Weg vom Mut. Wir sollten uns angewöhnen, nicht immer nur die Schlafstadt zu verhindern, sondern stattdessen das Ziel zu haben, die wirtschaftsfreudigste Kleinstadt des Kantons zu werden. Wir sollten uns abgewöhnen bloss unsere ansässigen Betriebe zu erhalten, aber stattdessen Betriebe mit offenen Armen und einem herzlichen Willkommen zu begrüßen. Wir sollten uns abgewöhnen mal hier und mal da etwas um-, ein- oder aufzonen und stattdessen klare Interessensräume Wirtschaft, Wohnen und Landschaft zu definieren. Die sollte dann auch weiterverfolgt werden. Wir sollten uns die Negativhaltung abgewöhnen und stattdessen das machen, was wir heute Abend alle hier machen. Sachen möglich machen. Sachen, welche für die Menschen, die hier leben, schlussendlich Glück und Farbe bedeuten. Wirtschaftsleben eben. Und für all diese Sachen benötigen wir eine Plattform. Die Plattform kann nur wirklich neue Ideen liefern, wenn möglichst viele Personen daran teilnehmen können. Das kann weder die Wirtschaft noch die Verwaltung oder das Parlament alleine. Dazu benötigt es alle Beteiligten. Die FDP ist deshalb der Auffassung, dass sie mit dieser Motion all diese Personen vernetzen kann. Wir wollen dies nun angehen. Nicht weil bald Wahlen sind, sondern weil wir es den Personen in unserer Gemeinde schuldig sind. Besten Dank für die Unterstützung von unserer Motion.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Zuerst gerne eine Bemerkung zur Form dieses Vorstosses. Der Sprecher der FDP hat sich bereits darauf bezogen, aber ich werde es doch noch einmal anders darstellen. Der Vorstoss verlangt vom Gemeinderat die Einsetzung einer nicht ständigen Kommission. Im Gegensatz zum Sprecher der FDP-Fraktion halte ich fest, dass dies aus zuständigkeitsrechtlicher Sicht nicht zulässig ist. Der Grosse Gemeinderat kann vom Gemeinderat lediglich verlangen, dass er die Einsetzung einer nicht ständigen Kommission prüft. Ob der Gemeinderat eine nicht ständige Kommission einsetzt, entscheidet er selber abschliessend. Formell handelt es sich beim vorliegenden Vorstoss um ein Postulat, nicht um eine Motion. Ich nehme die Gelegenheit gerne wahr und informiere über die aktuellen Ziele und Massnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Gemeinde Worb. Bei der Erarbeitung der Gemeindeentwicklung 2013-17 hat er im dritten Leitsatz die wirtschaftliche Entwicklung als wesentliches Anliegen festgehalten: „Die Gemeinde Worb schafft gute Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung.“ Zu diesem Leitsatz hat er zwei Zielsetzungen formuliert. Erstens: In Worb entstehen bis Ende der Legislatur mindestens 200 Arbeitsplätze. Zweitens: Worb profiliert sich als Wirtschaftsstandort an der Schnittstelle zwischen Agglomeration und ländlichem Raum. Als konkrete Massnahmen legte er fest: Entwicklung einer Strategie zur verbesserten Standortprofilierung von Worb und nach Absprache mit den Grundeigentümern aktive Promotion des Standorts. Unterstützung und enge Zusammenarbeit mit den Grundeigentümern der Überbauung N9/Worbboden Süd, damit in den Gewerbeflächen die angestrebte Anzahl Arbeitsplätze geschaffen wird. Der Gemeinderat war bezüglich Wirtschaftsentwicklung in den letzten Jahren in folgenden sieben Themenfeldern tätig. Standortmarketing. Im Auftrag des Gemeinderates hat die Ortsmarketingkommission ein Konzept Standortmarketing erarbeitet. Es beinhaltet verschiedene Massnahmen für ein intensiveres Standortmarketing. In der Ortsmarketingskommission ist die Wirtschaft mit dem Präsidenten des Worber Gwärbs prominent vertreten. Also der Hinweis, dass kein Austausch zwischen dem Worber Gwärb und Gemeinderat besteht, ist schon mit diesem Satz widerlegt. Im Moment geht es dieser Person zwar nicht gut, aber ich treffe mich monatlich mit ihm. Dann weiter zur Vernetzung. Zusätzlich zum Wirtschaftsapéro findet seit dem Jahr 2015 ein Wirtschaftsbrunch statt, bei dem sich das Worber Gwärb und der Gemeinderat austauschen können. Wir bieten also zwei grosse Anlässe an, bei welchen diese Vernetzung stattfinden kann. Dann zur Unterstützung ansässiger Unternehmen. Eine Delegation der Ortsmarketingkommission besucht jährlich mindestens fünf ansässige Unternehmen. In diesem Jahr sind es sechs Unternehmen. Da ist auch der Präsident des Worber Gwärbs dabei. Also eine weitere Gelegenheit um miteinander unterwegs zu sein. Dabei informiert sie sich

über das wirtschaftliche Umfeld der betroffenen Firma. Wir werden über den aktuellen Geschäftsgang informiert und vernehmen die Anliegen an die Gemeinde. Wir sind der Ansicht, dass wenn die ansässigen Unternehmen gute Rahmenbedingungen vorfinden, dann sind wir auch für neue Firmen attraktiv. Es ist also nicht egal, wie wir mit den ansässigen Unternehmen umgehen. Weiter zur Ansiedlung. Für den Entwicklungsschwerpunkt Worboden bestehen grosse, noch nicht überbaute Flächen für neue Firmen. In einer Controllinggruppe, in der alle relevanten Partner, insbesondere die Grundeigentümer vertreten sind, wird die Entwicklung bearbeitet. Neben diesen Zusammenkünften pflegen wir einen intensiven Kontakt mit den Grundeigentümern respektive mit ihren Vertretungen. Ich mache hier gerne noch drei Bemerkungen zur Ansiedlung der Firmen im Worboden. Eine Überbauung des Worbodens Süd ist seit der Inbetriebnahme der Spange Nord im September 2016 möglich. Selber kann die Gemeinde keine Ansiedlungen vornehmen, weil sie über keine Landreserven verfügt. Auf Initiative der Grundeigentümer hat der Gemeinderat versucht, im Worboden Nord die Voraussetzungen für eine gemischte Arbeits- und Wohnzone zu schaffen. Das hätte die Entwicklung beschleunigt. Der Kanton hat dieses Anliegen abgelehnt. Die Gemeinde verfügt über keine Landreserven und kann aus diesem Grund keine Ansiedlung vornehmen. Dann komme ich zum Bereich Planung. Die laufende Gesamtrevision der Ortsplanung ist unter breitem Einbezug der Bevölkerung und verschiedener Kommissionen entstanden. Im Rahmen der Mitwirkung konnten alle interessierten Personen Eingaben machen. Insbesondere auch Vertreter der Wirtschaft. Die Anliegen von dir, Michael, hätten genau da eingebracht werden können. Ich gehe davon aus, dass dies auch erfolgt ist. Das Geschäft befindet sich derzeit in der kantonalen Vorprüfung. Ich komme zum Imagemarketing. Gestützt auf das Konzept Standortmarketing hat der Gemeinderat die Erarbeitung eines neuen Corporate Designs beschlossen. In der Folge soll die Website überarbeitet und eine App für Worb erstellt werden. Später sollen auch der Einsatz sozialer Medien und die Erstellung eines Standortmagazins geprüft werden. Schliesslich sage ich zuletzt noch etwas zum Thema Signaletik. Die Ortsmarketingkommission erarbeitet mit einem Signaletiker Massnahmen, mit denen Worb Dorf als Einkaufs- und Dienstleistungszentrum gestärkt werden soll. Der Gemeinderat ist der Meinung, mit diesen Massnahmen seine Möglichkeiten bezüglich Wirtschaftsentwicklung ausgeschöpft zu haben. Die von der FDP angeregten Personen einer möglichen Sonderkommission hat der Gemeinderat in unterschiedlichen Formen bereits in die laufenden Geschäfte eingebunden, sei es über Anlässe, schriftliche Stellungnahmen oder über die Ortsmarketingkommission. Er ist deshalb der Auffassung, dass eine gemeinderätliche Sonderkommission kaum weiterhilft und beantragt daher Nichterheblicherklärung des Vorstosses. Es wäre nach der Ansicht des Gemeinderates zweckmässiger, eine nicht ständige Kommission des Grossen Gemeinderates einzusetzen. In diesem Fall könnte der Grosse Gemeinderat die Aufgaben, die Zuständigkeiten, die Organisation und die Zusammensetzung der Kommission bestimmen. Und wenn die FDP diese Änderung im Vorstoss vornimmt, dann würde es sich dann wirklich um eine Motion handeln. Denn der Grosse Gemeinderat kann sehr wohl eine solche nicht ständige Kommission einsetzen.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: SOKO WIWO. Wieso? Es existiert nämlich bereits eine solche Kommission, nämlich die Ortsmarketingkommission. Der Auftrag welcher in dieser Motion bzw. in diesem Postulat beschrieben ist, ist nämlich Teil der Ortsmarketingkommission und wäre sogenannte Chefsache. Also Departement Präsidiales und Planung. Der absolute Brüller ist aber vor allem die Zusammensetzung der geforderten SOKO WIWO. Vor allem wenn dann noch gesagt wird, dass sich alle daran beteiligen sollen. Wirtschaftsvertreter aus dem Gemeinderat, Vertreter der Wirtschaftsparteien, Vertreter des Worber Gwärbs und dann evtl. noch ein Vertreter der Ortsmarketingkommission als Bindeglied und dies wäre dann sicherlich auch noch eine Person der FDP. Aber meine Lieben, ein Würfel hat immer sechs Seiten. Die Wirtschaftsentwicklung von Worb geht alle etwas an. Und wir wollen ja keine Mehrkosten generieren durch das Bilden einer Kommission, welche es schon gibt. Die SP-Fraktion lehnt diese Motion respektive das Postulat ab und empfiehlt diesen Wirtschaftsvertretern aus dem Gemeinderat dies auszuarbeiten. Sie sollen ihre Anliegen ih-

rem Chef und ihren Kollegen näher bringen und dies in der Vorschau unter Punkt 1.6 „Gemeindeentwicklung 2017-21. Die strategischen Ziele des Gemeinderates werden zusammen mit messbaren Zielen in der bisherigen Form der Gemeindeentwicklung festgehalten“ konkrete und überprüfbare Massnahmen auszuarbeiten und diese der Ortsmarketingskommission mit einem entsprechenden Auftrag zu erteilen. Ich bin mir sicher, dass die Ortsmarketingskommission auch Freude hat, wenn sie mal einen wichtigen Job hat. Wir lehnen diese Motion ab.

Jost-Pfister Catarina, GLP: SOKO WIWO tönt interessant. Für mich ist dies aber dann auch gerade alles. Wenn ich diese Forderungen lese, dann stösst mir dies ziemlich sauer auf. Vertreter von Wirtschaftsparteien sollen involviert sein. Wer sind diese Wirtschaftsparteien, welche Parteien gehören hier dazu? Es könnte ja vielleicht auch Personen geben, die in der Wirtschaft arbeiten, aber nicht in einer Wirtschaftspartei vertreten sind. Kann es sein, dass all diese Vertreter hier von der Wirtschaft sind? Denkt daran, ihr wollt andere Unternehmen nach Worb holen. Es gibt ganz viele Personen, die ein ganz grosses Netzwerk haben. Diese Leute kennen andere Leute und dies ist überhaupt nicht nur auf die Wirtschaft beschränkt. Die Aussage, dass Innovationen in Worb rar sind stimmt nicht. Liebe FDP setzt auch doch mal mit den Firmen auseinander. Dann würdet ihr nicht solche Sachen erzählen. Solche Aussagen kann sich Worb nicht leisten. Ich habe es gehört, dass es Alle braucht. Doch was heisst das genau? Kommissionen einsetzen und vielleicht noch einen Berater beiziehen? Ich glaube wir kommen so nicht weiter. Es ist wichtig, dass wir alle hier im Saal selber Vernetzungen betreiben. Wir sind vernetzt mit der Bevölkerung und dann liegt es ganz sicher auf der Hand, dass alle die in der Politik tätig sind, auch Kontakt nach aussen aufnehmen. Das heisst Kontakt zum Gewerbe oder zu Vereinen. Überlegt euch mal, ob in jedem Fall solche Kommissionen notwendig sind. Nein, denn für etwas sind wir hier im Grossen Gemeinderat und betreiben Politik. Ich bin überzeugt, dass wir nur so zu einem Erfolg kommen. Niklaus Gfeller hat es richtig gesagt, dass es ganz viele Anlässe und Möglichkeiten gibt, wie wir mit der Unternehmer ins Gespräch kommen können. CEO's von grossen Unternehmer, die ihre Firma vielleicht in Worb ansiedeln werden, sprechen wahrscheinlich nicht mit einer Kommission. Als Unternehmer wird nur mit den Entscheidern gesprochen. Und die Kommission ist nicht das Gremium, welches entscheidet. In diesem Sinne, hoffe ich, dass ich euch angeregt habe, damit darüber geredet werden kann, was in Zukunft in Worb gemacht wird. Ich bin überzeugt, dass wir so vorwärts kommen.

Hauser Adrian, BDP: Die BDP-Fraktion wird diese Motion oder das Postulat auch nicht unterstützen. Für uns war nicht ganz ersichtlich, wie die Politik diese Wirtschaftskommission genau umsetzen soll und wie die Firmen nach Worb kommen sollen. Meistens geht ja dies nur mit Geld und mit Steuergeschenken steigt ja der Steuerertrag der juristischen Personen auch nicht in den Himmel. Wie bereits gesagt, haben wir ja eine Ortsmarketingskommission, deren Aufgabe es sein sollte, den Standort Worb zu stärken. Ich arbeite auch in einer Firma in Worb, welche rund 35 Angestellte hat. Ich wohne und arbeite in der Gemeinde Worb und zahle somit auch meine Steuern hier. So auch mein Chef, seine Frau und drei von sechs Lehrlingen und mit mir zwei Angestellte. Ich höre aber immer wieder von Personen, arbeiten in Worb ist super, aber wohnen lieber nicht. Lieber in Belp, Konolfingen, Grosshöchstetten oder gar Schwarzenburg. Die Wirtschaft stärken heisst auch die Arbeitnehmer stärken. Die Arbeitnehmenden in Worb zu behalten, sollte das Ziel sein. Bezahlbarer Wohnraum für Familien, attraktive Schulen, gut erschlossene Aussenorte usw. Einfach einmal den normalen Arbeiter zu stärken, welcher dran ist den Mittelstand zu verlassen. Dessen Kaufkraft wieder zu stärken heisst auch die Wirtschaft zu stärken. Ich habe in der Motion gelesen, wer alles in dieser Kommission sein sollte. Da sehe ich überall nur die FDP. In meinen Augen ist die Wirtschaft allen Parteien wichtig.

Suter Michael, FDP: Wir dies nun jetzt als Postulat behandelt?

Ratspräsident Wälti Martin: Es geht um die Erheblicherklärung der Motion.

Beschluss:

Die Motion der FDP-Fraktion betreffend SOKO – WIWO SOnderKOMmission WIRtschaft – Worb wird grossmehrheitlich als nicht erheblich erklärt.

Interpellation der GLP-Fraktion betreffend Rüfenacht-Strategie des Gemeinderates

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 368	17.10.2016	8	2013/17-302	1438	12/10/5

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Planung: Der Gemeinderat hat in seiner Führungsarbeit primär die gesamte Gemeinde Worb im Blick. Er hat aus diesem Grund in der Gemeindeentwicklung 2013-17 Leitsätze für die gesamte Gemeinde entwickelt. Diese Leitsätze haben den Charakter einer Vision und gelten selbstverständlich auch für Rüfenacht. Der Gemeinderat will keine Vision auf die einzelnen Ortschaften der Gemeinde erstellen. Sowohl in der Politik als auch in Leserbriefen war immer wieder zu hören, Rüfenacht werde in der Gemeinde Worb vernachlässigt. Der Gemeinderat hat darum die auf Rüfenacht bezogenen Aufgabenschwerpunkte mit den längerfristigen Zielsetzungen und den Massnahmen in einem Papier zusammengefasst und veröffentlicht. Im Rahmen eines Medienapéros wurde dies präsentiert. In der Presse wurde darüber berichtet. Der Gemeinderat nimmt Stellungnahmen zu diesen Zielsetzungen dazu gerne entgegen. Eine nachträgliche Vernehmlassung findet er nicht zweckmässig. Der Gemeinderat hat die Erfahrung gemacht, dass konkrete Zeitpläne im politischen Umfeld eher schwierig sind. Wenn das zuständige Organ weitere Abklärungen will, wenn Einsprachen oder Beschwerden möglich sind, wenn kantonale Stellen einbezogen werden müssen, so werden Projekte meistens beträchtlich verzögert. Wir alle haben schon Erfahrungen damit gemacht. Zweckmässiger erscheint es dem Gemeinderat, dass er jeweils im Verwaltungsbericht darüber informiert, wie der aktuelle Stand der Umsetzungsmassnahmen ist. Der Gemeinderat hat in seinem Papier langfristige Zielsetzungen formuliert. Sie zeigen den angestrebten Zustand von Rüfenacht. Bei festgelegten Massnahmen hat es sowohl kurz- als auch mittelfristige. Die Weiterentwicklung des Massnahmenpakets geschieht in einem rollenden Prozess. Der Gemeinderat überprüft jährlich, wie der Umsetzungsstand bei den Massnahmen der Gemeindeentwicklung ist und ob Anpassungen nötig sind. In diesem Überarbeitungsprozess ist selbstverständlich auch das Massnahmenpaket Rüfenacht enthalten. Der Gemeinderat nimmt diesen Einbezug bei den geeigneten Massnahmen vor. Bei der Planung des „Sonnen-Areals“ oder der Neugestaltung und Neuorganisation des Robi ist dies bereits erfolgt. Der Gemeinderat erachtet eine Fachkommission Rüfenacht als nicht zielführend und zu schwerfällig. Es gibt zahlreiche vom Gemeinderat festgelegte Massnahmen, bei denen der Einbezug einer Fachkommission hinderlich wäre. Kontakte mit Liegenschaftsbesitzern oder mit Unternehmen können im kleinen Kreis besser aufgebaut und gepflegt werden als mit einer Fachkommission. Der Gemeinderat will den eingeschlagenen Weg weiterverfolgen, bei jeder einzelnen Massnahme festzulegen, welche Gruppierungen wie einbezogen werden sollen. Der Grosse Gemeinderat muss diejenigen Massnahmen genehmigen, die in seine Zuständigkeit fallen. Anstehende konkrete Massnahmen sind der Spielplatz Robi, der neue Dorfplatz und die Änderung der baurechtlichen Grundordnung für das „Sonnen“-Areal. Informationen zur Umsetzung wird in Zukunft der Verwaltungsbericht enthalten.

Jorio Marco, GLP: Ich möchte keine Diskussion, aber wir sind natürlich nicht ganz zufrieden. Der Gemeinderat macht sich das zu einfach. Wir kennen die Problematik im Verhältnis Worb Zentrum zu Rüfenacht und ich glaube hier verpasst der Gemeinderat eine Chance um ein Organ oder ein Verfahren einzurichten, welches solche Spannungen auffangen könnte und eine Art politisches Sprachrohr werden. Rüfenacht ist ein Sonderfall mit der verfehlten Planung. Es ist ein missglücktes Gebilde und hier hätte etwas verbessert werden können. Punktuelle Diskussionen, wie dies der Gemeindepräsident erwähnt hat, reichen meiner Meinung nach nicht. Der Gemeinderat müsste sich darüber klar werden, was er mit diesem grossen Dorfteil der Gemeinde Worb will.

Einfache Anfrage der SP-Fraktion betreffend Versand Broschüre Zukunft CH

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 368	17.10.2016	9	2013/17-303	20068	12/0/0

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Von wem ging die Initiative zur Beilage der erwähnten Broschüre aus? Die Gemeinde hat die Kuverts unfrankiert erhalten. Das Ratssekretariat hat mit dem Präsidenten des Grossen Gemeinderates Rücksprache genommen, wie vorgegangen werden soll. Der Ratspräsident entschied, die Kuverts dem Versand im Juli 2016 beizulegen. Bei diesem Versand wurde auch die Einladung zum diesjährigen Ratsausflug verschickt. Ja, sie wurde angeschaut. Wieviel bezahlte die Stiftung Zukunft CH für den Versand der Broschüre? Nichts. Sind weitere Versände von politischer Propaganda geplant? Nein. Wenn ja, nach welchen Kriterien werden die Beilagen ausgewählt? Es werden in Zukunft keine solchen Unterlagen mehr versendet. Die Adressen der Behördenmitglieder sind bekannt. Wer etwas verschicken will, kann dies sehr wohl selber machen.

Einfache Anfrage der GLP-Fraktion betreffend Sanierung Hangwasser und Versickerungsanlage Rüfenacht

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 368	17.10.2016	10	2013/17-304	20130	33/51/2

„Am 17. September 2016 wurde neben der Umfahrung auch das Grossprojekt Hochwasserschutz Worb abgeschlossen. Noch offen ist die Frage der Handwasserproblematik in Rüfenacht, die von den Worber Planungsbehörden als eine der „Leuchttürme“ der Gemeinde bezeichnet wurde. Bei Starkregen kommt es an der Hinterhausstrasse immer wieder zu kleineren Überschwemmungen und das Meteorwasser, aber auch Quellwasser vom Dentenberg fliesst in die Kanalisation und belastet diese massiv und unnötig. Seit Jahren wird von einer Versickerungsanlage im Unterdorf (Raum Breitfeldstasse) gesprochen, u.a. im Rahmen des 2. Massnahmenpakets GEP (Genereller Entwässerungsplan Worb). Es soll bereits ein Vorprojekt aus dem Jahre 2007 geben. Nach Aussage von Ingenieuren (Einweihungsfest vom 17. September), welche an der Umfahrung/Hochwasserschutz beteiligt waren, könnte die geplante Versickerungsanlage in Rüfenacht auch mit einem offenen Retentionsbecken und einer offenen Wasseroberfläche (Biotop) kombiniert werden, womit ein Erho-

lungsraum geschaffen und die Wohnqualität von Rüfenacht verbessert wird. Als Vorbild könnte der neue Brätliplatz hinter dem Schulhaus Worboden dienen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wo steckt die Planung im Falle des „Leuchtturms“ Hangentwässerung/GEP Rüfenacht?
2. Sind dafür finanzielle Mittel vorgesehen?
3. Sieht der Gemeinderat die Möglichkeit, den Bau der Versickerungsanlage mit einem Biotop zu verbinden?“

Sitzungsende 22:10 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Martin Wälti
Präsident

Monika Gfeller
Protokollführerin

Genehmigung Genehmigt in der Sitzung vom 14. November 2016.

Thomas Wälti
Sekretär